

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



4 / 2009

Gerechtigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft



Bernhard Vogel

Zum 60. Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft ist die Weltwirtschaft aus den Fugen geraten. Zweifel kommen auf, ob unsere Wirtschaftsordnung tragfähig, gerecht und nachhaltig ist. Vermehrung des materiellen Wohlstands ist ein, Gerechtigkeit ein anderes Kriterium für die Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems. Das Thema polarisierte beim 5. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung: Bernhard Vogel und Wolfgang Clement lieferten sich ein Streitgespräch. „Sie ist nicht gerecht genug“, sagt Vogel. Clement will jetzt mit dem Umbau beginnen, „sonst ist die soziale Marktwirtschaft am Ende.“



Wolfgang Clement

Siehe Seite 5

Startschuss für den Neubau



Mit dem Aufstellen von Seminarraum-Containern ist der Startschuss für den Bau des neuen Hörsaalgebäudes gefallen. Mit Hilfe eines Autokrans wurden die provisorischen Seminarräume auf dem Parkplatz neben dem Gästehaus aufgebaut

Foto: Schusser

Siehe Seite 9

Erwachsenenbildung: Stiefkind der Politik

Wachsende Herausforderungen, immer mehr Aufgaben und dazu eine klamme Haushaltslage: Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle sprach an der Akademie über die Zukunft der Erwachsenenbildung in Bayern
Fotos: Aimer / Haimel



Siehe Seite 3

Weitere Themen im Heft:

Tutzingener Radiotage	S. 7
Deutsch-Türkische Journalistenakademie	S. 10
Pilotprojekt „MünchenKompetenz“	S. 12
60 Jahre Volksrepublik China	S. 17
Jürgen Weber verabschiedet	S. 24

Inhaltsverzeichnis

Erwachsenenbildung – Stiefkind der Politik	3
Beteiligung als Bildungsziel	4
Gerecht, sozial und global	5
Ökonomische Leistung an Gerechtigkeit messen	6
<i>Tutzing Radiotage:</i>	
Neue Zukunft für ein altes Medium	7
Wenn das Radio zwitschert	7
Nachwuchsschmiede Campusradio	8
Sommerakademie mit Osteuropa-Institut	9
Startschuss für den Neubau	9
Integration und Medienfreiheit als Streitpunkte	10
Ahlan wa Sahlan – Willkommen daheim!	12
Migrationsforschung vorangetrieben	13
Schleichende Aushöhlung der Menschenwürde	14
„Es gilt das Recht des Stärkeren“	14
„Würde ist Anspruch auf Selbstachtung“	16
Steckt China in der Transformationsfalle?	17
Jugendoffiziere diskutieren Wirtschaftskrise und Terrorismus	19
Nordkorea und die Bombe	19
„Alles was wir haben, sind Diamanten und Tourismus“	20
<i>Zu Gast in der Akademie:</i>	
„Rumänien muss Korruption und Armut bekämpfen“	21
Zwei deutsche Diktaturen im Spiegel der Geschichte	22
Das Gedächtnis der Akademie geht	24
Ein mitgestaltendes Element bayerischer Politik	26
Die Veröffentlichungen der Akademie	28
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	29
Themen – Tagungen – Termine	30
Förderkreis	35
Namen und Nachrichten	36

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.

Internationale Politik

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan **Köppl**, M.A.

Pers. Referent des Direktors

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,

Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**

Ethische und theoretische

Grundlagen der Politik

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Online-Redaktion: Kathrin **Haimerl**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**

(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH

Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Klimaneutral gedruckt 

Erwachsenenbildung – Stiefkind der Politik

Wachsende Herausforderungen, immer mehr Aufgaben und dazu eine klamme Haushaltslage: Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle hat über die Zukunft der Erwachsenenbildung in Bayern gesprochen – und nebenbei verraten, was seine bislang teuerste Handbewegung als Minister war. Es war vermutlich einer der angenehmeren Termine, die Spaenle zu absolvieren hat. Im Rahmen der Tagung „Bildungsgesellschaft – über Schule und Hochschule hinaus“ war er zu Gast an der Akademie. Nachdem die Opposition im Landtag massive Kritik an seinen Plänen zur Hauptschulreform geäußert hatte, ging es an der Akademie um einen Bereich der Bildungspolitik, der derzeit weniger im öffentlichen Interesse steht – die Erwachsenenbildung. Im Publikum saßen Vertreter dieses Bereichs, die ihre Forderungen zunächst sehr zögerlich vorbrachten.

Gelegenheit genug also für den Minister, auf dem von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter geleiteten Podium um Verständnis für die schwierige Haushaltslage zu werben. Zwar bekräftigte Spaenle das Versprechen von Ministerpräsident Horst Seehofer, für

Das wiederum würde die Position der Träger der Erwachsenenbildung weiter schwächen. Schließlich liege die Priorität in seinem Hause bei den Schulen. Diese müssten täglich zwei Millionen junge Menschen in Bayern mit ihrem Bildungsangebot versorgen. „Das ist

wahrnimmt“. Hinzu komme die soziale Verschiebung durch den veränderten Lebensbogen einer gesamten Gesellschaft und die rasante Entwicklung neuer Kulturtechniken durch das Internet. Damit sei es Aufgabe der Erwachsenenbildung, neben der Weiterqualifizierung der Menschen im Berufsleben auch ältere Menschen zu begleiten und sie in neuen Kulturtechniken zu schulen. „Der gesellschaftspolitische Auftrag ist von Haus aus größer“, würdigte er die Arbeit der Tagungsteilnehmer.

Stiefkindstatus

Lieselotte Goldhammer von der Evangelischen Erwachsenenbildung in Bayern kritisierte dies als reines Lippenbekenntnis: „Dass wir vor wachsenden Herausforderungen stehen, da stimmen wir überein. Gleichzeitig ist schon die bisherige Finanzierung nicht zufriedenstellend. Das kann keiner wollen, dass wir bei dieser Schere bleiben“, so Goldhammer.

Die anderen Podiumsteilnehmer teilten diese Sichtweise. Michael Mötter vom Bildungswerk der bayerischen Wirtschaft sprach vom Stiefkindstatus der Erwachsenenbildung im Kultusministerium. Karl Heinz Eisfeld vom Bayerischen Volkshochschulverband monierte, dass in der Vergangenheit sehr viel Geld „in den Sand gesetzt worden“ sei, weil man bei den Investitionen die Nachhaltigkeit außer Acht gelassen habe.

Eisfeld, der auch dem Beirat der Akademie für Politische Bildung vorsitzt, wies außerdem darauf hin, dass Deutschland im europaweiten Vergleich im Bereich der Weiterbildung am unteren Ende rangiere. „Da muss es doch unser gegenseitiges Interesse sein, hier gegenzusteuern.“

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter bemängelte, dass über Bildung an sich zwar stets sehr „hochmögend“ gesprochen werde, die Politik dann aber häufig in eine andere Richtung steuern würde.



Warb in der Akademie für Politische Bildung Tutzing um Verständnis für die schwierige Haushaltslage: Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle (von links) im Gespräch mit Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und Karl Heinz Eisfeld vom Bayerischen Volkshochschulverband

Foto: Aimer

den kommenden Haushalt eine Million Euro mehr für die Erwachsenenbildung einzuplanen: „Was der Ministerpräsident zugesagt hat, das gilt.“ Doch Spaenle machte keinen Hehl aus der schwierigen Finanzlage: „Es wird knallhart“, sagte er. „Wer Zuwächse erstreiten will, braucht im Moment große politische Durchschlagskraft.“

der größte Brocken“, so der Staatsminister. Spaenle betonte, er sei sich der Bedeutung der Erwachsenenbildung durchaus bewusst. Diese hätte nicht nur ein vielfältiges Aufgabenfeld zu bestreiten, sondern stehe auch vor großen Herausforderungen. Spaenle sprach von einer „RTL-II-Generation“, die „uns nur noch zweidimensional

Spaenle gab sich selbstkritisch, sprach auch von strukturellen Problemen. So würde es die Gesetzgebung noch nicht einmal schaffen, anstelle des Bachelors als Erstausbildung auch einen Weiterbildungsbachelor zuzulassen. Dies schaffe in der Praxis paradoxe Situationen, wenn etwa ein Techniker, der mit dem Meister bereits die dritte Ausbildung abgeschlossen hat, einen Bachelor als Erstausbildung antritt.

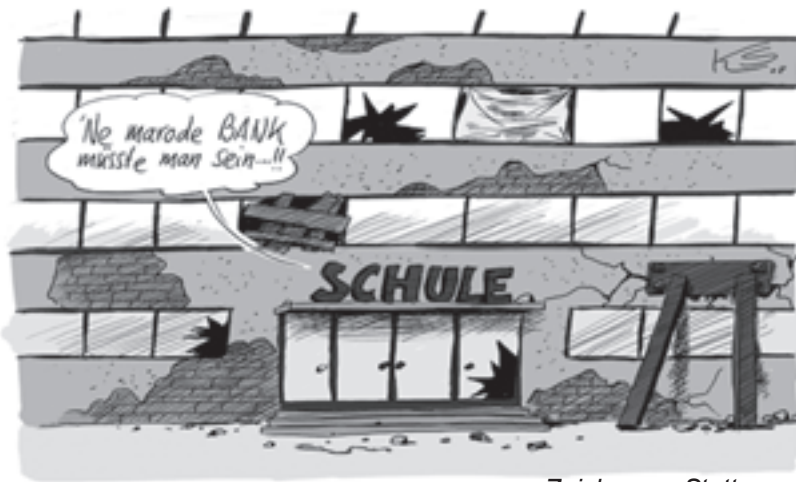
„Da ist uns die Wirklichkeit weit voraus“, sagte Spaenle. Doch das größte Problem sei die Haushaltssituation. Spaenle ging in die Offensive und sprach die 10 Milliarden Euro für die Rettung der Bayerischen Landesbank an. „Das war die teuerste Handbewegung meines Lebens“, sagte er mit Blick auf die Bewilligung des Rettungspakets durch die Landesregierung. Mit einer Staatsverschuldung

von 20 Milliarden Euro – der bislang höchsten in der Geschichte des Freistaats – „haben wir unverrückbare Rahmenbedingungen, unter denen wir die nächsten Haushaltsjahre bestreiten müssen.“

Karl Heinz Eisfeld machte erneut einen Versuch, dem Kultusminister die Schwierigkeiten der Erwachsenenbildung näher zu bringen. Es gehe darum, neue Methoden des Unterrichtens für bildungsferne Schichten zu entwickeln und verlässliche Standards für die berufliche Weiterbildung zu schaffen.

Es seien strukturierte und durchdachte Forderungen, die er hier höre, gab Spaenle zu. Und doch: Es sei nicht nur der Bereich der Erwachsenenbildung, der in Bayern stärker gefördert werden müsste: „Bildung ist in Bayern generell unterfinanziert“, sagte er. Sein Ausblick für die Zukunft fällt daher düster aus: „Es wird noch härter“, so Spaenle. ■

Kathrin Haimerl



Zeichnung: Stuttmann

Beteiligung als Bildungsziel

Lebenslanges Lernen, „neue Lernbiographie“, Bildungs- und Lernorte, kompetenzorientiertes Lernen – die Liste der Schlagworte in der derzeitigen Bildungsdebatte ist lang und der Diskussionsbedarf groß. Die Tagung zum lebenslangen Lernen in der Bildungsgesellschaft ermöglichte mit namhaften Referenten eine fundierte Debatte. Lebhaft wurde über Perspektiven, Möglichkeiten und Risiken diskutiert: Nicht nur mit Vorträgen, sondern auch durch Arbeitsgruppen, Podiumsdiskussionen, einen Poetry Slam und verschiedene Gruppendiskussionen wurde methodisch für eine dem Thema angemessene Vielfalt gesorgt.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter fragte zu Beginn: „Wie können Bildungsstrukturen passend zu den veränderten Anforderungen gestaltet werden?“ Karl-Heinz Eisfeld, Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes sowie des Beirats der Akademie, zeigte die Stolpersteine des

Themas auf: Dazu zählen der Dauerbrenner der unzureichenden finanziellen Ausstattung, die Frage nach einer staatlichen Übernahme der Verantwortung sowie das Fehlen eines Gesamtkonzepts.

Julia Franz von der Universität Nürnberg-Erlangen ging auf das Lernen im Lebenslauf aus der Perspektive der Neurobiologie ein. Insbesondere legte sie dar, dass bereits in den ersten beiden Lebensjahren die fundamentalen, für das weitere Leben unabänderlichen Lernstrukturen im Gehirn angelegt werden. Nach der Pubertät sind die gewachsenen Verknüpfungen Grundlage für neu hinzukommende Strukturen. In der Konsequenz forderte sie, im Bildungsbereich an persönliche Lernerfahrungen anzuknüpfen. Auch wies sie darauf hin, dass mittels dieser Anknüpfung bis ins hohe Alter hinein Lernen und damit auch Weiterbildung möglich sei, wenn das Lernen aktiv gehalten werde.

Der Münchner Erziehungswissenschaftler Rudolf Tippelt verwies auf den Erfolg früherer Bildungsmaßnahmen als Bedingung für das Gelingen späterer Weiterbildung. Für ihn ist die Aufgabe der Erwachsenenbildung eine gesamtgesellschaftliche. Sie bringe aber auch eine individuelle Verantwortung mit sich: Die Förderung von Innovationsfähigkeit und sozialer Integration sowie die Ermöglichung der kulturellen und politischen Partizipation sei ein gesamtgesellschaftliches Bildungsziel.

Dagegen müssten auf der individuellen Ebene die Realisierung von Lebensentwürfen und selbstverantwortlicher Bildung sowie die Stärkung sozialer Kontakte und materielle Unabhängigkeit Ziel von Bildung sein. ■

Elisabeth Aimer

Gerecht, sozial und global

Wolfgang Clement und Bernhard Vogel
über eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung

Bildung, Arbeit, Reformwille, Europa – all diese Aspekte hängen mit sozialer Gerechtigkeit zusammen, glauben Bernhard Vogel und Wolfgang Clement. Unter der Leitung von Heinrich Oberreuter haben sie auf dem „5. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert.

Die Stimmung im Publikum ist angespannt. Es scheint, als gehe durch die Reihen der Teilnehmer eine Kluft, als einer aus dem Zuschauerraum ruft: „Die Armut in Deutschland hat zugenommen!“ und Podiumsteilnehmer Bernhard Vogel (CDU) erwidert: „Das ist doch Unsinn!“



Bernhard Vogel: „Die Reaktion auf die Bankenkrise in Deutschland ehrt alle, die das bewerkstelligt haben“
Fotos: hai

Neben dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, der lange Jahre Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen war, sitzen Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und Wolfgang Clement, der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit. Ihnen gegenüber sitzen unter anderem Arbeitnehmervertreter, Unternehmer und Studenten.

Beim „5. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ geht es um ein Thema, das nicht nur die Tagungsteil-

nehmer polarisiert: „Wie gerecht ist unsere soziale Marktwirtschaft?“, fragt Akademiedirektor Oberreuter die beiden Podiumsteilnehmer.

„Sie ist ganz schön gerecht, sie ist wohl nie gerechter gewesen. Aber sie ist nicht gerecht genug“, sagt Vogel. Er ist von der Zukunftsfähigkeit dieser Wirtschaftsordnung überzeugt, wenn sie sich in ihren Kernpunkten weltweit durchsetzen könne. Falls nicht, sei sie auch in Deutschland nicht haltbar. Vogel greift in diesem Zusammenhang das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag scharf an. Denn wenn Deutschland künftig auf internationaler Ebene mitreden wolle, reiche dazu die Kraft eines einzelnen europäischen Landes nicht aus. Den Verfassungsrichtern wirft er vor, bei dem Urteil auch an sich selbst gedacht zu haben: „Das ist ein Bundesverfassungsgerichtsstabilisierungsurteil.“

Fesseln lösen

Auch Wolfgang Clement ist der Meinung, dass das Urteil Deutschland noch Schwierigkeiten bereiten werde. Massiven Reformbedarf sieht er aber auf nationalstaatlicher Ebene: „Wir müssen spätestens heute mit dem Umbau beginnen, sonst ist die soziale Marktwirtschaft am Ende.“ Er nennt unter anderem die Bildungspolitik, in der er das meiste Potenzial für die Zukunft sieht. Hier müssten massive Investitionen getätigt werden – auf Kosten anderer sozialstaatlicher Leistungen, glaubt Clement. Insbesondere erwähnt er die Renten. Darüber hinaus sei ein Abbau des Beamtentums dringend nötig. „Wir mobilisieren nichts, wir fesseln nur. Wir müssen alle

Fesseln lösen, die es in Deutschland gibt“, sagt Clement und runzelt die Stirn. Eine Diskussion über die Abschaffung der Rente mit 67, eine Regelung, die erst Schritt für Schritt in Kraft tritt und erst im Jahr 2029 voll greift, sei im Moment völlig absurd.



Wolfgang Clement bezeichnet sich als „Sozialdemokrat ohne Parteibuch“

Die Fixierung auf das Heute sei ein deutsches Problem. Herausforderungen von morgen würden nicht diskutiert: „Wir sind reformfähig, aber nicht willens“, sagt Clement und diesen Vorwurf richtet der Politiker, der in seiner Amtszeit tiefgreifende Reformen des Arbeitsmarkts auf den Weg gebracht hat, insbesondere auch an die Bürger.

Im Zuschauerraum wird es wieder einmal sehr laut, manche schütteln den Kopf. „Und was ist mit den Arbeitsplätzen?“, fragt einer. Ein anderer ruft dazwischen: „Dann machen Sie doch Ihre Plätze in den Aufsichtsräten frei!“

Clement, der sich inzwischen als „Sozialdemokrat ohne Parteibuch“ bezeichnet, ist für viele im Publikum eine Provokation. Der Politiker ist sich dessen bewusst und geht die Vorwürfe offensiv an.

Als ein Zuhörer Clements Vorsitz des Adecco Institutes in London anspricht, hält der Politiker ein Plädoyer für die Zeitarbeit, die Gewerkschaften als moderne Form des Sklavenhandels bezeichnen. Es seien gerade diese Unternehmen, die sich für Flexibilisierung, Mobilisierung und Qualifizierung von Arbeitskräften einsetzen würden und diese somit für die Zukunft am Arbeitsmarkt vorbereiten würden, sagt der ehemalige Wirtschaftsminister.

Der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Halle, Ulrich Blum, wirft noch einen weiteren Punkt für die Zeitarbeitnehmer in die Diskussion ein: Dies sei für Unternehmer eine der teuersten Beschäftigungsformen überhaupt. Dass sie trotzdem verstärkt darauf zurückgreifen, zeige, dass die Zeitarbeit für Unternehmen ein wichtiges Instrument sei, um auf Auftragsspitzen flexibel reagieren zu können.

Immer wieder muss Akademiedirektor Oberreuter mäßigend in die Diskussion eingreifen. Dabei gibt es aber auch Punkte, die auf einhellige Zustimmung treffen, etwa wenn die beiden ehemaligen Politiker über die Politikverdrossenheit in Deutschland sprechen. Dann sagt Clement: „Der intransparenteste Prozess ist die Auswahl unserer politischen Klasse.“ Und Bernhard Vogel wünscht sich Parteien zurück, die „als richtig Erkanntes mehrheitsfähig machen“ – auch entgegen den Trends in Umfragen. Als Beispiel nennt er Konrad Adenauer, der gegen die mehrheitliche Stimmung im Land auf die Wiederbewaffnung drängte.

Diese Sicht stößt auch im Publikum auf wenig Widerstand. Und Heinrich Oberreuter gelingt es schließlich, auch die Eingangsfrage nach der Gerechtigkeit auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen: „Soziale Gerechtigkeit ist ein wunderbarer Begriff. Er ist positiv besetzt und keiner kann etwas dagegen haben.“ Nur könne aber auch keiner ganz genau definieren, was darunter zu verstehen sei. Und damit sei dies eine hervorragende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für künftige Generationen. ■

Kathrin Haimerl

Ökonomische Leistung an Gerechtigkeit messen

Zum 60. Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft ist die Weltwirtschaft aus den Fugen geraten. Zweifel kommen auf, ob unsere Wirtschaftsordnung tragfähig und nachhaltig ist. Vermehrung des materiellen Wohlstands ist ein, Gerechtigkeit ein anderes Kriterium für die Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems. Welche Vorstellungen haben Politik und Ökonomie von einer „gerechten Welt“? Was sind die wirtschaftsethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft? Dies waren die zentralen Fragen des „5. Forums Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“. Kooperationspartner waren Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IHW) und Michael Abländer von der Universität Kassel.

Ohne Vertrauen funktioniere die Wirtschaft nicht, so Ulrich Blum, doch ihr Fundament liege im außerökonomischen Bereich begründet. Kultur, soziale Netzwerke und Religion seien maßgeblich. Auch Gerechtigkeit sei keine Kategorie der Ökonomie, deren Leistungsfähigkeit, so Michael Abländer, sich aber auch am Grad der Gerechtigkeit messen lassen müsse. So sehe es jedenfalls die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit ständen dabei im Zentrum.

„Entwurfsvermögen“

Das Fehlen einer einheitlichen Definition erschwere es, so Albert Löhr vom Internationalen Hochschulinstitut in Zittau, aus dem Postulat der Menschenwürde konkrete Verpflichtungen für Unternehmen abzuleiten. Weiterführend wäre Menschenwürde im Sinne des italienischen Renaissancephilosophen Mirandola als ein „Entwurfsvermögen“ des autonomen Menschen mit dem Ziel der Selbstverwirklichung zu betrachten. Der Staat solle dann dafür Sorge tragen, dies zu fördern und einen Ordnungsrahmen zum Schutz des Individuums vor Demütigung bereitzustellen. In der derzeitigen Globalisierung sei ein Handeln des Gesetzgebers „von oben“ begrenzt. Realistisch sei nur ein „dezentraler An-

satz“, also entsprechende Konventionen der international agierenden Unternehmen.

Staatssekretär Günther Horzetzky vom Bundesarbeitsministerium stellte Projekte seines Hauses zur Stärkung nachhaltiger Unternehmensführung vor. Letztlich könne der Staat aber nichts diktieren, sondern die Unternehmen müssten die freiwillige Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung als eigenen Vorteil erkennen.

Die abschließende Podiumsdiskussion mit Albert Löhr, Josef Meran (Siemens AG), Uto Meier (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt) und Michael Abländer machte deutlich, dass das „moralische Versagen“ einzelner Akteure im Kontext von Systemschwächen im Unternehmen zu erklären sei. Verbesserungsmaßnahmen müssten deshalb, so Josef Meran, sowohl auf individueller Ebene wie auf Ebene der Unternehmenskultur umgesetzt werden. Dies sei ein Ansatz, der jetzt bei Siemens verfolgt werde. Alle Teilnehmer waren sich einig: ethisches Verhalten dürfe nicht lediglich als Wettbewerbsvorteil begriffen werden, sondern müsse seinen Eigenwert behalten. Nur dann sei es glaubhaft und nachhaltig. ■

Elisabeth Aimer / Wolfgang Quaisser

Neue Zukunft für ein altes Medium

Ist Radio in Zukunft ein „Vorbei-Medium“, von dem „niemand nix erwartet“? So dargestellt wurde es zumindest vom Kabarettisten Rainer Dachzelt aus Frankfurt, in dessen Beitrag sich Tendenzen der Qualitätsentwicklung im Radio auf kabarettistische Weise wiederfanden. 50 Radiojournalisten von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern kamen zu den Tutzing Radiotagen, um über die zukünftige Qualität im Radio zu diskutieren (siehe auch den ersten Bericht in Heft 3-09, Seite 16).

„Die Definition von Qualität liegt in den Händen der Radiostationen“, meinte Uschi Wienken, Trainerin und Beraterin für Radiosender. Oft stehe die Qualität des Endprodukts im Vordergrund, Qualitätsmanagement hingegen setze bei den Rahmenbedingungen an, mit denen man die Qualität des Endprodukts verändern könne. Der Qualitätskreislauf im Radio gehe vom Hörer zum Hörer, deshalb gehöre zum Qualitätsmanagement sowohl eine Analyse der Hörer als auch Instrumente wie Controlling, Festsetzung von Standards und Moderatoren-Training und -beratung. Durch erleichterte Abläufe solle so das Produkt Radiojournalismus verbessert werden.

„Totales Neuland“ war für die meisten Tagungsteilnehmer der Zusammenhang von Qualität und Trauma in den Medien. Fee Rojas von der ARD-ZDF-Medienakademie und Petra Tabeling vom Dart Centre für Trauma und Jour-

nalismus erklärten, dass zur Qualität des Journalismus auch die Bewältigung von Traumata, der Umgang mit traumatisierten Personen und eigenen traumatischen Erfahrungen gehöre. Auch fernab von Krisen- und Kriegssituationen kann ein Journalist in Situationen wie schwere Verkehrsunfälle gelangen, die ein Trauma auslösen. Der Umgang damit, aber auch der Umgang mit den Opfern einer Katastrophe müsse in Redaktionen stärker thematisiert werden. Redaktionsleiter und Programmverantwortliche müssten stärker für dieses Thema sensibilisiert werden. ■

Laura Thiele



Radioberaterin Uschi Wienken: das Produkt Radiojournalismus verbessern



Fee Rojas und Petra Tabeling: „Redaktionen stärker für Traumata sensibilisieren“



Fotos: ms

Wenn das Radio zwitschert

Im Goldfischglas den Alleinunterhalter spielen – oder sich in den freien Ozean trauen: Michael Praetorius, Leiter der Online-Redaktion von Antenne Bayern, hat im Rahmen der Tutzing Radiotage Chancen und Risiken von sozialen Internet-Communities für den Hörfunk analysiert.

Man muss sich die Webseite von Antenne Bayern wie ein Goldfischglas vorstellen, sagt Michael Praetorius. Um den Fisch herum baut die Marke des Senders ihre Welt, der Fisch

schwimmt darin, ob ihm das nun gefalle oder nicht. Nun gibt es aber auch eine Welt außerhalb dieses Goldfischglases – das ist da, wo viele Fische frei schwimmen. Das soziale Online-Netzwerk Facebook etwa, oder der 140-Zeichen-Dienst Twitter. „Das sind die Korallenriffe“, sagt Praetorius.

Der Journalist hat mehrere solcher Analogien, um die Anforderungen, die diese neue Welt an die Radio-Vermarktung stellt, zu verdeutlichen. Er stellt Disneyland einem Abenteuer-spielplatz gegenüber. Der Vorteil von Disneyland, sagt Praetorius: „Sie können dort überteuert Ihr Popcorn ver-

kaufen. Und so haben Sie auch sofort einen Businessplan.“ Der Abenteuer-spielplatz dagegen stellt das Medium, das dort seine Ideen verkaufen will, vor große Schwierigkeiten: Denn wer hier mitspielt, der müsse auch soziale Kompetenzen beweisen. Der Vorteil: „In dieser Welt entsteht eine sehr enge Bindung.“ Studien würden immer wieder zeigen, dass die Vermittlung von Nachrichten im persönlichen Umfeld von Freunden und Bekannten glaubwürdiger sei.

Doch wie kann ein Medium wie Radio diese Netzwerke für sich nutzen? Auf spielerische Weise, sagt Praeto-



rius und schildert eine einfache Idee: Die Übertragung des bayerischen Brauchtums des Maibaumklaus auf ein Online-Medium. Und das geht so: Nehmen wir einmal den Facebook-Nutzer Michael, sagt Praetorius, der in seinem Profil eine Statusmeldung postet, in der steht: „Michael hat Inge einen Maibaum geschenkt. Möchten Sie diesen Maibaum bewachen oder klauen?“ Alle würden dadurch neugierig gemacht – und schauen: „Wer ist Michael und was ist dieser Maibaum?“

Genau dieses Prinzip habe US-Präsident Barack Obama in seinem Wahlkampf für sich genutzt. Der Vorteil: „Der Nerv-Faktor bei der Zielgruppe ist sehr gering“, sagt Praetorius. „Wir gehen niemanden auf den Keks.“



Ein Frontal-Angriff aufs Radio: Michael Praetorius, Leiter der Online-Redaktion von Antenne Bayern

Einige Teilnehmer der Radiotagung sehen das anders. Einer führt das Beispiel Twitter an: „Twitter zuballern nur mit der Ankündigung, wie die nächste Schlagzeile im Blatt lautet, das kann nicht social media sein“, kritisiert der Workshop-Teilnehmer.

„Doch“, hält Michael Praetorius dagegen. Er glaube, das sei alles eine Frage des Verhaltens in diversen Social-Media-Netzwerken. „Je mehr ich mich als User gebe, desto leichter kann ich in diesen Netzwerken die Kontakte nutzen.“ Wie wichtig es gerade für das Radio ist, diese Entwicklungen im Internet zu verfolgen und zu testen, macht Praetorius am Beispiel des 140-

Zeichen-Dienstes Twitter deutlich. „Twitter behauptet inzwischen von sich, die schnellste Quelle der Welt zu sein. Das ist ein Frontalangriff aufs Radio.“

In der Realität aber scheint das Radio nicht zum Gegenangriff überzugehen. Antenne Bayern sei zwar auf Twitter vertreten, habe aber gerade einmal 160 sogenannte Follower, also Mitleser.

„Wir haben keinen Chef-Twitterer, wir sind sehr unkommunikativ“, gibt Praetorius zu. Der Grund: Nun ja, das Gezwitscher und die sozialen Netzwerk-Tätigkeiten müssten eben so nebenher bedient werden – also kostenneutral. Und nach wie vor seien viele rechtliche Fragen in Zusammenhang mit den Social Media Communities ungeklärt. ■

Kathrin Haimerl

Nachwuchsschmiede Campusradio

„Hertz 87,9“ ist eines der rund 50 Campusradios in Deutschland. Für Profi-Stationen sind die studienbegleitenden Ausbildungsradios eine interessante Quelle für den Mitarbeiternachwuchs.

Alles wie gehabt? Es klingt jedenfalls so: Redaktionssitzungen und Ressortleitertreffen, Ausbildungspläne und Formatdebatten, Musiklisten und Technik-Tuning. Die 60 Akteure in diesem Radioprogramm sind allerdings ehrenamtlich unterwegs. Sie arbeiten für das Campusradio „Hertz 87,9“ in Bielefeld. Das Hochschulradio am Teutoburger Wald ist Praxisbeispiel bei den Radiotagen in Tutzing. Und es verblüfft die Branchen-Profis mit anspruchsvollen Weiterbildungsangeboten, preisgekrönten Beiträgen und großer Themenbandbreite.

Problem Studiendruck

Kathrin Sielker, ehemals Chefredakteurin und aktuell zuständig für die Kulturbeiträge, berichtete von den Grundlagen und Sorgen der Bielefelder. Der wachsende Studiendruck sei ein Problem, ebenso die stets enge Finanzdecke und die mangelnde Anerkennung durch die Hochschulleitung. Aber „Hertz 87,9“ bleibe quicklebendig, weil „die Arbeit super viel Spaß macht“. Die Bielefelder haben ein Vollprogramm, senden auf eigener UKW-Frequenz und gehören zu den Vorzeig-Modellen der Campus-Landschaft.

Es sind gegenwärtig rund 50 Hochschul-Radios, die sich in Deutschland an Studierende und weitere Uni-Interessierte wenden. Auch im Web. Rund die Hälfte sendet rund um die Uhr, die andere Hälfte hat mal eine monatliche



Kathrin Sielker war Chefredakteurin beim Campus-Radio in Bielefeld
Foto: ms

Stunde im Bürgerfunk, mal ein Zwei-Stunden-Format pro Woche. Besonders in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ist das Angebot gut ausgebaut. In NRW erhöht sich 2009 die Zahl der Campus-Radio-Standorte auf 13, denn Paderborn und Meschede gehen auf Sendung.

Mit solider Unterstützung können Hochschul-Radios rechnen, wenn sie Teil journalistischer Ausbildungskonzepte sind, etwa in Dortmund oder Münster, in Karlsruhe, München oder Leipzig. Dann gibt es kaum Probleme

mit der Anerkennung von Hospitanzen und Praktika, dann gibt es für die Radio-Arbeit Leistungsbescheinigungen und Punkte. An vielen Orten wird die Ausbildung durch Angebote der Landesmedien-Anstalten gefördert. Die Grundlagen vor Ort sind allerdings so bunt wie die Hochschul-landschaft. Mal fördert die Studierendenvertretung, mal fließen Semester-

Beiträge, mal helfen Stiftungen oder gar Sponsoren.

Das Beispiel Bielefeld zeigt auch die Chance der intensiven Kooperation mit öffentlich-rechtlichen oder privaten Radio-Stationen. Rund 30 Akteure von „Hertz 87,9“ waren oder sind Assistenz-Kräfte im benachbarten WDR-Studio. Dort unterstützen sie

die Fernsehtechnik, machen Besucherführungen, helfen im Früh-Programm. Die Leute aus dem Studierenden-Radio seien „höchst zuverlässig, verantwortungsvoll und engagiert“ heißt es dazu im WDR-Studio, wo man sich längst auch über feste Freie aus dem Team der Campus-Akteure freut. „Hertz 87,9“ sei eine Talentschmiede, die man nicht unterschätzen dürfe. ■

Michael Thamm

Sommerakademie mit Osteuropa-Institut

Im Sommer 2009 fand die erste von der Akademie und dem Osteuropa-Institut Regensburg gemeinsam organisierte Internationale Sommerakademie zum Thema „Monetary Policy in Central and Eastern Europe“ statt. Nach Einführungen von Jürgen Jerger (Universität Regensburg),

Evzen Kocenda (Karls-Universität Prag) und Jarko Fidrmuc (Universität München) präsentierten junge Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse. Themen waren unter anderen: „Euro Area Enlargement: the Convergence Criteria in Practice“, „Currency Substitution in the Economies of Central

Asia: How Much Does It Cost?“ und „Modelling Monetary Policy of the Bank of Russia“. Die Präsentationen können von der Internetseite des Osteuropa-Instituts (<http://www.osteuropa-institut.de/summer-academy-2009.html>) heruntergeladen werden. ■

WQ

Startschuss für den Neubau



Foto: Schusser

Mit dem Aufstellen von Seminarraum-Containern ist Anfang Oktober 2009 der Startschuss für den Bau des neuen Hörsaalgebäudes gefallen. Mit Hilfe eines Autokrans wurden die provisorischen Seminarräume auf dem Parkplatz neben dem Gästehaus aufgebaut. Dort werden ab März 2010 einige unserer Seminare stattfinden. Während der Bauarbeiten im Park der Akademie ist wegen des Baulärms in den normalen Hörsälen nur ein eingeschränkter Betrieb möglich.

ms

Integration und Medienfreiheit als Streitpunkte

Deutsch-türkische Journalistenakademie über Politik und Medien

Er weiß, wie es sich anfühlt, in der Minderheit zu sein: Martin Neumeyer, CSU-Landtagsabgeordneter und Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, stellt den Teilnehmern der deutsch-türkischen Sommerakademie im Bayerischen Landtag seine Arbeit vor und erklärt, warum das Thema Integration im aktuellen Wahlkampf kaum eine Rolle spielt. Die Gäste sind Lehrende und Studierende im Fach Journalistik der Hochschule Bonn und der Universität Istanbul.

Martin Neumeyer hat nicht immer einen leichten Stand in seiner Partei. Dafür fühlt er sich umso wohler in dieser Runde: „Hos geldiniz“, herzlich willkommen, sagt der Abgeordnete in die Runde. Und ein bisschen Stolz schwingt dabei auch mit. Neumeyer fährt auf Deutsch fort und erzählt von seinem Besuch in Anatolien und einem Sprachkurs, den er in der Türkei absolviert hat. Was er von den Türken in Deutschland verlange, diese Anforderungen stelle er auch an sich selber: „Mama lernt Deutsch – Martin lernt Türkisch“, sagt er. Eine Studentin übersetzt. Die Teilnehmer lachen.

Ersan Ilal, Professor für Staatsrecht und Dekan an der Beykent-Universität, antwortet auf türkisch und sagt: „Es freut mich, dass Sie so denken. Integration ist sehr wichtig, die Einwanderer haben es nicht leicht, weil sie in der Minderheit sind.“

Buh-Rufe in Bierzelten

Das Gefühl, in der Minderheit zu sein, kennt Neumeyer auch selbst. Denn es sei nicht immer leicht, seine Positionen den Anhängern seiner Partei nahe zu bringen. In Bierzelten werde er häufig mit Buh-Rufen empfangen. Neumeyer kommt aus Mainburg, der Stadt mit der viertgrößten türkischen

Gemeinde in Deutschland – proportional gemessen an der Einwohnerzahl. Mit seinem Einsatz für Integration sei er dort anfangs auf große Skep-



Martin Neumeyer (2. von rechts), Integrationsbeauftragter der Staatsregierung, hat es nicht leicht, seine Positionen den CSU-Anhängern nahe zu bringen. Links Tagungsleiter Michael Schröder, daneben Andreas Schümchen (Hochschule Bonn) und Ceyhan Kandemir (rechts), Universität Istanbul
Foto: hai

sis getroffen. Der Landtagsabgeordnete spricht über die Bedeutung der Integrationspolitik in Deutschland. Gerade weil Deutschland ein klassisches Integrationsland ist, sei Integration ein „Mega-Thema“. Doch damit provoziert er Widerspruch aus den Reihen der Teilnehmer. „Das Thema habe ich noch nicht einmal gehört im gesamten Bundestagswahlkampf“, sagt einer der jungen Teilnehmer.

Da trifft er einen wunden Punkt. Stimmt, sagt Neumeyer. „Es ist traurig. Aber wir haben uns entschlossen, das Thema im Wahlkampf möglichst tief zu halten.“ Man befürchte, die Emotionen würden zu stark hoch kochen. Gerade in der Religionsfrage. In Köln, sagt er, da sei die Diskussion schiefgegangen. Moscheen und Mi-

nette nennt er in einem Atemzug mit der rechtsextremen Organisation „Pro Köln“. „Das wollen wir in Bayern nicht erleben.“

Moscheen-Streit

Integration und die Frage nach der Religion. Zwar gehe es bei dem Konzept der Integration vorrangig um die Menschen, nicht um Religion. Allerdings, ergänzt Neumeyer, sei die Integration bei früheren Einwandererwellen einfacher gewesen. Denn die Weltanschauung der Polen, Italiener,

Spanier und Portugiesen, die vor den Türken nach Deutschland kamen, sei in der christlichen Tradition verankert.

Es scheint, als würden die türkischen Zuhörer die Frage nach der Religion sehr viel entspannter sehen. Ceyhan Kandemir, Professor an der Universität Istanbul, schildert, dass es auch in der Türkei immer wieder Streit um den Bau von Moscheen gebe. „Uns wäre es lieber, wenn man stattdessen noch eine Schule bauen würde“, sagt Kandemir. Seine Religion könne man ja auch zu Hause ausüben. „Ihr Wort in Gottes oder Allahs Ohr“, sagt Neumeyer und lächelt.

Und dann stellt Ersan Ilal selbst die Frage nach der Religion. Für ihn sei es völlig unverständlich, warum es

an staatlichen bayerischen Schulen überhaupt Religionsunterricht gebe. Der Niederbayer Neumeyer spricht von gewachsenen Traditionen und sagt: „Wir sind ein säkularer Staat mit gewissen Verstrebungen zur Kirche.“

Der Professor lächelt und es klingt ein süffisanter Unterton mit, als er sagt: „Dann sind wir laizistischer als Deutschland.“

Eingeschränkte Meinungsfreiheit

Mit deutlicher Kritik am Zustand von Politik und Medien in der Türkei hat Kai Strittmatter, der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Istanbul, Widerspruch von den türkischen Teilnehmern provoziert.

Strittmatter charakterisierte die Türkei als widersprüchliches Land: Einerseits hätten die Medien in der Türkei ein schlechtes Image – auch wegen ihrer Rolle beim Militärputsch im Jahr 1980 und der Korruption. Andererseits beobachtet er eine bunte, vielfältige und streitlustige Medienlandschaft. Journalisten seien zum Teil eine wichtige Stimme der Zivilgesellschaft. Doch auf der anderen Seite komme es häufig zu Verletzungen der Bürger- und Freiheitsrechte. Immer wieder gebe es zahlreiche Verfahren wegen der Inanspruchnahme von Rede- und Meinungsfreiheit, oft auch gegen Journalisten. Beispielsweise kam es im ersten Halbjahr 2009 zu 125 Prozessen, darunter gingen 57 gegen Journalisten.

Doch nicht nur dadurch sieht Strittmatter, der seit 2005 in Istanbul arbeitet, die Medien- und Informationsfreiheit in der Türkei beeinträchtigt. Eine Gefahr gehe von der Armee aus, die durch türkisches Recht vor öffentlicher Kritik geschützt werde. Die Türkei sei ein Sicherheits- und Polizeistaat.

Zensur des Internets

Auch die Regierung spiele keine erfreuliche Rolle: Pro Jahr werden 1200 Internetseiten gesperrt – darunter das Videoportal „Youtube“. Bereits lokale Richter können eine landesweite Sperrung von Seiten anordnen. Schließlich seien da die Medienbaro-

ne, die meist nicht nur große Zeitungsverlage und Fernsehstationen besitzen, sondern auch noch Geschäfte mit Erdöl, Autos oder Pharmaprodukten machen. Diese Unternehmer, so schilderte Strittmatter, versuchen, mit Hil-



Deutliche Kritik am Zustand der Medienfreiheit in der Türkei: SZ-Korrespondent Kai Strittmatter

Fotos: Schusser

fe ihrer eigenen Medien ihre Interessen auf allen Geschäftsfeldern und gegenüber der Politik durchzusetzen. Andererseits versucht die Regierung, staatseigene Medien aufzubauen. Ein Teil des Fernsehens (TRT) ist ohnehin staatlich kontrolliert. Wenn private Medienkonzerne wie Dogan ihre Interessen gegen die Regierung nicht durchsetzen können, versuchen sie, Druck aufzubauen, indem sie über Fäl-

le von Regierungskorruption berichten. Doch der türkische Premierminister Erdogan, der in den Berichten häufig als „Sultan“ verspottet wurde, schlug auf seine Art zurück: Im Fall von Dogan verhängten die Behörden eine Steuerstrafe, die zwei Drittel des Konzernwertes betrug. „Zwei Diebe gingen sich gegenseitig an den Hals“, sagte Strittmatter. „Die türkische Presse ist Diener vieler Herren, aber nicht der der Öffentlichkeit.“

„Kolumnisten-Unwesen“

Scharf kritisierte der SZ-Korrespondent das „Kolumnisten-Unwesen“ im türkischen Journalismus: „Die türkischen Medien leben von Kolumnisten, die die Zeitung voll schreiben. Sie sind die sehr gut bezahlten Stars.“ Weltanschauungen und Meinungen würden verkauft, nicht Fakten. „Der recherchierende Reporter steht ganz unten am Ende der journalistischen Prestigeskala und wird schlecht bezahlt“, sagte Strittmatter. Tatsächlich gebe es auch viele sehr gute Journalisten, die unter schwierigen Bedingungen arbeiten – ein Teil von ihnen habe die öffentlich geäußerte Kritik schon mit dem Leben bezahlt.

Strittmatters Fazit: Die Türkei müsse sich auf ihrem Weg nach Europa noch an viele westliche Grundrechte-Standards anpassen. ■

*Kathrin Haimerl
Michael Schröder*



Die türkischen und deutschen Teilnehmer der Journalistenakademie. Vorne die Tagungsleiter Andreas Schümchen (2.v.l.) und Michael Schröder (2.v.r.)

Ahlan wa Sahlan – Willkommen daheim!

Pilotprojekt „MünchenKompetenz“ bildete Imame in deutscher Kultur weiter

Diplomiert in deutscher Staatsbürgerkunde: 23 Imame und muslimische Seelsorger haben das Pilotprojekt „MünchenKompetenz“ der Stadt München in Zusammenarbeit mit der Tutzing Akademie und der Muslimischen Akademie Berlin abgeschlossen. Dabei haben sie neben dem politischen System Deutschlands auch Münchner Behörden und bayerische Bräuche kennengelernt.

Süreyya Erkek ist in Bayern angekommen. Es ist ein emotionaler Moment auf der Abschlussfeier des Pilotprojekts „MünchenKompetenz“ in der Seidlvilla in München, als die Türkin von dem Seminar erzählt, das ihr ganz

med El Khalifa, einer der Teilnehmer, die eifrig jedes Modul der Fortbildung besucht haben, und der die anderen immer wieder durch seine Kommentare aufheitert, sagt: „Willkommen daheim.“



Gelungene Verbindung von Theorie und Praxis: Die Teilnehmer am Pilotprojekt „MünchenKompetenz“ wollen die Kontakte untereinander weiter pflegen

Fotos: hai

besonders in Erinnerung geblieben ist. An diesem Tag – es war ein kalter Tag im Dezember – machte die Gruppe eine Führung durch München. Erst da erfuhr die Türkin, wie viele Spuren es vom Islam in der Stadt gibt. „Ich denke mal deutsch, mal türkisch, mal kurdisch“, sagt sie. „Aber das war der Moment, in dem mir bewusst wurde, dass ich hier zu Hause bin.“ Und Ah-

Insgesamt 23 Imame und muslimische Seelsorger – darunter sechs Frauen – haben die Fortbildung „MünchenKompetenz“ abgeschlossen, die Margret Spohn von der Stelle für interkulturelle Arbeit bei der Stadt München zusammen mit ihrer Assistentin Michaela Hillmeier im Dezember vergangenen Jahres initiiert hat. Das Seminar bestand aus insgesamt acht ganztägigen

Modulen, die innerhalb eines halben Jahres stattfanden. Die Teilnehmer erhielten ihre Abschlusszertifikate und Projektleiter und Referenten erste Rückmeldungen. Diese fielen durchwegs positiv aus: „Eine gelungene Verbindung von Theorie und Praxis“ – so lautet Margret Spohn zufolge das Urteil der Teilnehmer.

Unter den Referenten von „MünchenKompetenz“ waren Karl-Heinz Wilkenborg und Gero Kellermann von der Tutzing Akademie. Sie gaben den



Spricht sich für eine Fortsetzung der Treffen aus: Imam Shashaa Hesham

Teilnehmern eine Einführung in Geschichte, Verfassung und Politik Deutschlands. Darüber hinaus sollte die Gruppe die Strukturen des öffentlichen Lebens kennenlernen. Dazu besuchte sie unter anderem die Stadtverwaltung, das Kreisverwaltungsreferat, die Arbeiterwohlfahrt und die Polizei.

Behördenkontakte

Das Team von „MünchenKompetenz“ vermittelte den Teilnehmern Kontakte zu wichtigen Gesprächspartnern in den Behörden. Diese Informationen sollen die Seelsorger nun an die Mitglieder ihrer Gemeinde weitergeben – so ist es zumindest von den Organisatorinnen gedacht.

Deshalb richtete sich das Pilotprojekt der Stadt München an die Multiplikatoren in Münchens muslimischen Gemeinden. Eine Umfrage unter den Teilnehmern ergab, dass jeder der Imame und Seelsorger pro Woche mit durchschnittlich bis zu 200 Gemeindemitgliedern Kontakt hat.

Bundesweit gab es bislang nur ein weiteres Projekt dieser Art – in Berlin. Doch bald schon soll auch „Schwa-

benKompetenz“ in Augsburg starten. Interesse bekunden zudem Nürnberg und Frankfurt am Main, teilte Margret Spohn mit.

Eine offizielle Fortsetzung des Projekts in München ist zwar bislang nicht geplant. Allerdings kündigten die Teilnehmer bereits die Gründung eines Vereins „MünchenKompetenz e.V.“ an. Denn unter den muslimischen Geistlichen, die aus insgesamt elf

verschiedenen Ländern stammen, haben sich Freundschaften und Kooperationen gebildet.

Es ist eine bunte Mischung, die sich in dem Raum der Seidlvilla zusammengefunden hat. Neben Süreyya Erek mit dem bunt gemusterten Kopftuch steht Akula Hotak aus Afghanistan, die ihre Haare offen trägt. Und Fadaï Sidigullah, Seelsorger einer indonesischen Gemeinde, steht im Anzug neben dem aus Palästina stammenden Imam Shashaa Hesham, der in einem langen, weißen Kaftan mit Kapuze gekommen ist. Dazu trägt er Bart und spricht offen an, dass man ihm auf Deutschlands Straßen häufig hinterher ruft: „Oh, Bin Laden, hallo!“

Das sei mit ein Grund, warum man die Treffen, die „MünchenKompetenz“ angestoßen habe, auch in Zukunft regelmäßig abhalten sollte, sagt er: „Wir müssen die Behörden weiter besuchen, damit sie uns kennenlernen. Wir müssen sie davon überzeugen, dass wir ganz normale Menschen sind.“ ■

Kathrin Haimerl



In der Türkei zu Hause, in München daheim: Süreyya Erek (links) und Akula Hotak sprachen über ihre Erfahrungen im Seminar

Migrationsforschung vorangetrieben

Mit der Frage nach der „Migration aus, in und nach Südosteuropa“ setzten die Veranstalter der diesjährigen Internationalen Hochschulwoche einen aktuellen Schwerpunkt. Mit konkreten Beispielen wurde auf historische Aspekte der Migrations- und Immigrationsbewegungen aus dem südöstlichen Europa nach Deutschland eingegangen. Ihre Auswirkungen in den Herkunftsländern der Migranten wurden diskutiert und der Bezug zu heutigen Migrationsströmen und -phänomenen hergestellt.

Viele Nachwuchswissenschaftler erhielten eine Plattform, um ihre aktuellen Forschungsprojekte vorzustel-

len. So wurde auf die Frage der Zwangsmigration – besser Vertreibung – im ehemaligen Jugoslawien eingegangen. Oft wird sie verharmlosend als „ethnische Säuberung“ bezeichnet.

Auch neuere „Modeerscheinungen“ von Türken in Berlin in Bezug auf die Gestaltung ihrer Hochzeitsfeiern und deren Rituale waren Thema der Diskussionen.

Der Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft und amtierende Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, betonte die Bedeutung der Hochschulwochen für die Gesellschaft. Sie leisteten einen bedeutenden Beitrag und brächten immer einen Erkenntnisgewinn. Darüber hinaus würden sie die Forschung über Südosteuropa kräftig vorantreiben. ■

Jan Robert Lohmann

Die Beiträge der Tagung erscheinen vorraussichtlich im ersten Quartal 2010 in einem Sammelband. Ein ausführlicher Tagungsbericht wird demnächst auf der Web-Seite der Südosteuropa-Gesellschaft erscheinen: (<http://www.suedosteuropa-gesellschaft.com/>)

Schleichende Aushöhlung der Menschenwürde

Die Menschenwürde ist das Prinzip unserer Verfassung. Sie hat bedeutende geistesgeschichtliche Wurzeln. Doch wie verwirklicht sich eine menschenwürdige Praxis? Im Rahmen einer Tagung über die Menschenwürde haben Experten diese Frage aus verschiedenen Perspektiven debattiert.

Heiner Aldebert, Koordinator für Medizinethik der Evangelischen Landeskirche in Bayern, versuchte, den elementaren Bedingungen der Menschenwürde auf den Grund zu gehen. Seine Zuhörer bat er, sich in die Situation eines Demenzkranken in einem Altenheim zu versetzen. Die Menschenwürde diene ihm dabei als „Grenzmarkierungsmetapher“, also ein Mittel, das uns zeigen sollte, wo wir uns im Umgang mit anderen selbst zu beschränken haben. Wer dement ist, der falle aus den gewohnten Kommunikationsbezügen heraus. Es sei somit weder sinnvoll noch angemessen, den Dementen in die sonst geltenden Maßstäbe einzuordnen und damit aus medizinischer Perspektive gleichsam defektorientiert zu betrachten.

Stattdessen gelte es in der Pflege, die Sichtweise des Dementen zu übernehmen, denn: „Fragt man einen Dementen, ob er einen Apfel essen mag, so weiß er womöglich weder, was ein Apfel ist, noch, was Essen bedeutet.“ Aldeberts Fazit: Menschenwürdiger Umgang beinhalte, den Anderen nicht nach dem eigenen Bild zu formen, sondern ihn zu nehmen, wie er ist.

An keine Eigenschaft gebunden

Dem stimmte Robert Antretter, Bundesvorsitzender der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., zu: „Die Menschenwürde ist an keinerlei Eigenschaft des Menschen gebunden.“ Doch Antretter wies auch darauf hin, dass

die absolute Geltung der Menschenwürde in der Praxis der Gefahr einer schleichenden Aushöhlung ausgesetzt sei. So gebe es mittlerweile rein fremdnützige Forschung an Behinderten, die dadurch zu bloßen Forschungsobjekten degradiert würden. Vor allem durch die Pränataldiagnostik und die große Zahl an Abtreibungen sieht Antretter eine handfeste Diskriminierung Behinderter verwirklicht. Daher sein Appell: Die Menschenwürde gebiete den Respekt vor dem Humanum schlechthin, jenseits aller Wertzuschreibungen.

Maria Fick, Allgemeinärztin aus Landsberg und wie Antretter Mitglied der bayerischen Bioethikkommission, wies auf die moralische Dimension der Menschenwürde hin. Es brauche vor allem mitmenschliche Nähe und die Akzeptanz menschlicher Endlichkeit: So könnten wir erfahren, was der Andere brauche und hielten die Grenzen dessen ein, was dem Menschen angemessen sei. ■

Michael Spieker

„Es gilt das Recht des Stärkeren“

Prostitution in Deutschland und Medizin in Entwicklungsländern

Folter, Biomedizin, Terrorismusbekämpfung – dies sind mittlerweile klassische und notwendige Anknüpfungspunkte für die Diskussion über die Menschenwürde. Es gibt noch weitere Probleme rund um die Menschenwürde, einige davon gleich vor der Haustür und „um die Ecke“.

Prostitution in Deutschland und Arzneimittelverteilung in Entwicklungsländern waren ebenfalls Themen, die im Rahmen der Tagung über die Menschenwürde diskutiert wurden. „Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere“, so zieht Kriminaldirektor Klaus Bayerl aus Augsburg die Bilanz aus seinen Erfahrungen als Ermittler im Rotlichtmilieu. Im Gegenteil: Der Versuch, über das neue Prostitutionsgesetz von 2002 Prostitution als ein nor-

males Gewerbe zu behandeln und dadurch die Situation der Frauen zu verbessern, muss nach dem Bericht Bayerls als gescheitert betrachtet werden. Zwar gleichen auf den ersten Blick viele Bordelle eher Wellness-Oasen. Kratzt man jedoch an der Oberfläche, zeigt sich ein anderes Bild. „Es gilt das Recht des Stärkeren“, sagt er. Hinter den Bordellen verberge sich meist ein kriminelles Milieu, während nach außen Strohmannen als Bordellbetrei-

ber auftreten. Die meisten Prostituierten arbeiten in solchen Großbordellen, wo sie einem erheblichen Druck ausgesetzt sind. Hinzu kommt die perfide rechtliche Situation, in der sich die Frauen befinden: Der Zuhälter ist als Arbeitgeber weisungsbefugt. Er sieht in den Prostituierten nur einen gewinnbringenden „Produktivfaktor“.

Ausstieg kaum möglich

Die meisten der Frauen stammen aus Osteuropa, wo sie gezielt von professionellen Vermittlern angesprochen und mit fadenscheinigen Versprechungen nach Deutschland gelockt werden. Diese Menschenhändler arbeiten eng mit den Bordellbetreibern zusammen,

an die sie schließlich weitergereicht werden. Von hier aus beginnt für die jungen Frauen zwischen 18 und 21 Jahren der langsame Einstieg in die Prostitution. Die hohen Erwartungen, Unwissenheit über die eigenen Rechte, aber vor allem die unverhohlene Gewaltandrohung oder -anwendung seitens der Zuhälter bringt die Frauen schließlich dahin, als Prostituierte zu arbeiten. Aus diesen Gründen schrecken sie auch vor den härtesten Sexualpraktiken nicht zurück. Ausstiege aus dem Geschäft sind da kaum noch möglich, zumal die Frauen ständig überwacht werden und nicht über ihr verdientes Geld verfügen können. Das fließt ohne Umweg über die Sozialversicherungen direkt an die Bordellbetreiber. Von Freiwilligkeit – und das betonte Bayerl ausdrücklich – kann also in den allermeisten Fällen keine Rede sein.

Augsburger Weg

Ermittlungen in diesem Milieu gestalten sich angesichts der unklaren Rechtslage äußerst schwierig. Solange Prostitution als normales Arbeitsverhältnis angesehen wird, ist es für die Kriminalbeamten fast unmöglich, bei Misshandlungen oder Zwangsausübung auf die Prostituierten einzuschreiten oder diese überhaupt erst nachzuweisen. Zentral ist und bleibt dabei die Aussage der Prostituierten selbst. Diese ist jedoch nur schwer zu erreichen, was angesichts der Situation der Frauen auch kaum verwundert. Bayerl fordert daher vom Staat ein Umdenken im Umgang mit der Prostitution. So wurde von der Kriminalpolizei in der schwäbischen Metropole der „Augsburger Weg“ erarbeitet. Er sieht als Anregung für eine Gesetzesänderung unter anderem eine verpflichtende Anmeldung beim Finanzamt und bei der Polizei vor. Dies soll dem Schutz der Frauen dienen. Überhaupt sollte Prostitution nur noch selbständig ausgeübt werden können, damit die Frauen die Freiheit bekommen, diese Art der Arbeit jederzeit aufzugeben. Kriminaldi-

rektor Klaus Bayerl spricht aus Erfahrung: „Letztlich kann nur durch eine praxisgerechte Rechtslage die Zahl der Opfer spürbar verringert und die Beweisführung für die Polizei erleichtert werden.“

Pillen vom Marktplatz

„Nur ganze 15 bis 50 Euro stehen in vielen afrikanischen Ländern pro Kopf und Jahr als nationales Gesundheitsbudget zur Verfügung“, stellte Hans-Jochen Diesfeld, emeritierter Professor für Tropenhygiene und öffentliches Gesundheitswesen an der Universität Heidelberg fest.

Zum Vergleich: in Deutschland sind dies zwischen 3000 und 5000 Euro. Diesfeld ist international angesehener Experte für Gesundheitsversorgung und Medizin in den „Ländern des Sü-

armen Ländern des Südens 80 Prozent aller Krankheitsfälle vermeidbar, wenn es ausreichend Nahrung, sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen gäbe“, sagte Diesfeld.

Zufall hilft gegen Schlafkrankheit

Den Pharmakonzernen kommt eine besondere Rolle zu: „Ohne die Pharmaunternehmen geht hinsichtlich der Entwicklung von Arzneimitteln für die Bedürfnisse in diesen Ländern nichts. Jedoch investiert ein Pharmaunternehmen nur, wo es sich rentiert.“ Als zum Beispiel eine neue Substanz (Eflornithin) gegen die Schlafkrankheit entwickelt wurde, waren die Herstellungskosten gegenüber dem zahlungsunfähigen Kreis der Betroffenen (vor allem in Angola, Kongo und Zentralafrika) zu hoch, berichtete Diesfeld. Die Folge war, dass die Produktion eingestellt wurde. Als sich zufällig herausstellte, dass die Substanz auch als Enthaarungsmittel funktioniert, wurde – nach langem Kampf – die Produktion zur Behandlung der Schlafkrankheit wieder zum Laufen gebracht und die Mittel auch kostengünstig zur Verfügung gestellt.

Diesfeld zeigte sich gegenüber Lösungen für die Zukunft durchaus optimistisch „Die An-

waltschaft für das öffentliche Anliegen zugunsten der medizinischen Versorgung von unterprivilegierten Bevölkerungen gewinnt zunehmend an Gewicht.“ Lösen lasse sich das ethische Konfliktpotenzial aber nur, wenn durch vermehrte Produktentwicklungs-Partnerschaften die öffentlichen Gesundheitsinteressen mit privaten wirtschaftlichen Interessen verbunden werden. Grundlegend sei zudem, die uns oftmals fremden kulturspezifischen Rahmenbedingungen der medizinischen Behandlung zu berücksichtigen. ■

Gero Kellermann /
Manuel Schusser



Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ unterhält in Entwicklungsländern mobile Kliniken

Foto: Ärzte ohne Grenzen / Brendan Bannon

dens“, wie er es nennt, und kennt die Probleme entsprechender Regionen auf mehreren Kontinenten vor Ort. Nur in wenigen Ländern in Afrika können öffentliche Gesundheitsdienste Arzneimittel zu subventionierten Preisen abgeben. Ansonsten wird der Patient an private Apotheken oder auf den freien Markt verwiesen. Diesfeld präsentierte ein Foto: Auf einem Wochenmarkt werden Pillen auf großen Tellern feilgeboten, in grellen Farben und nach Größe geordnet. „Von Produktinformation oder Beratung kann da keine Rede sein“, so Diesfeld. „Nach Schätzungen der WHO wären in den

„Würde ist Anspruch auf Selbstachtung“

Drei Wissenschaftler, drei Konzepte von Menschenwürde: Peter Schaber, Herbert Bethge und Gerhard Kruip haben sich an

eine schwierige Begriffsbestimmung gewagt – aus ethischer, juristischer und theologischer Sicht.



Peter Schaber ist Inhaber des Lehrstuhls für Angewandte Ethik und Leiter des Ethik-Zentrums der Universität Zürich. Er arbeitet zurzeit an einem Großprojekt über „Die Moral der Achtung“. Schaber ist Träger des Nationalen Latsis-Preises, einer der höchsten wissenschaftlichen Auszeichnungen der Schweiz.

Peter Schaber: „Würde ist Anspruch auf Selbstachtung. Selbstachtung ist das, was verletzt wird, in den paradigmatischen Fällen von Würdeverletzung: Demütigung, Erniedrigung, Herabsetzung. Dem Betroffenen wird deutlich gemacht, dass er nicht zählt. (...) Selbstachtung ist das für uns möglicherweise wichtigste Gut. Die Einsicht in dieses normative Faktum ist der Grund der Würdezuschreibung. (...) Nicht alle moralischen Pflichten, die wir haben, lassen sich auf den Begriff der Menschenwürde zurückführen. Man liefert Wesen, die keine Würde haben, nicht der freien Willkür aus. (...) Würde ist unantastbar, dort, wo sie angetastet werden kann: bei Wesen, denen es wesentlich um ihre Selbstachtung geht.“

Herbert Bethge war bis zu seiner Emeritierung Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Wirtschaftsverwaltungsrecht und Medienrecht der Universität Passau. Bethge gehört zu den führenden Medienrechtlern in Deutschland.



Fotos: Schusser

Herbert Bethge: „Der in Artikel 1 des Grundgesetzes genannte Grundsatz der Unantastbarkeit der Menschenwürde ist oberster Verfassungswert und tragendes Konstitutionsprinzip. (...) Populär ist die Objektformel: Mit der Würde des Menschen ist es nicht vereinbar, den Menschen zum bloßen Objekt der Staatsgewalt zu machen. (...) Die Menschenwürde bedarf der Konkretisierung: Sie verbietet Misshandlung, Verfolgung und Diskriminierung. Sie gewährt Schutz vor Erniedrigung, Brandmarkung, Verfolgung und Ächtung. (...) Jeder Mensch besitzt als Person die Würde, ohne Rücksicht auf seine Eigenschaften, seinen körperlichen oder geistigen Zustand, seine Leistungen und seinen sozialen Status.“



Gerhard Kruip ist Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz. Vorher war er lange Zeit Direktor des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover. Kruip ist gefragter Berater für sozial-ethische Grundsatzfragen und die Situation in Südamerika.

Gerhard Kruip: „In der Entstehung des Menschenwürde-Gedankens fließen mehrere Traditionsstränge zusammen. Keiner von ihnen kann einen Monopolanspruch auf den Begriff erheben. (...) Die Bezugnahme auf eine gemeinsame allgemein-menschliche Vernunft war für religiöse und außerreligiöse Diskurse und die Kommunikation zwischen ihnen entscheidend. (...) Für das Christentum ist ein Festhalten an der Menschenwürde und ein Eintreten für Menschenrechte unverzichtbar, auch wenn in der katholischen Kirche sich in mancher Hinsicht diese Einsicht erst im Zweiten Vatikanischen Konzil durchgesetzt hat. (...) Der Begriff der Menschenwürde lässt sich aber zugleich philosophisch entfalten und die Forderung nach ihrer Achtung und ihrem Schutz ohne Rückgriff auf das Christentum ‚vernünftig‘ begründen.“

■ Protokolle: Gero Kellermann

Steckt China in der Transformationsfalle?

60 Jahre nach Maos Revolution auf dem Weg zum „gelben Kapitalismus“

China stellte seine Militärmacht zur Schau: Zum 60. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 1949 feierte sich die Kommunistische Partei mit einer gigantischen Parade. Die KP-Führung postierte sich auf dem Eingangstor zur ehemaligen Verbotenen Stadt, wo Staatsgründer Mao Zedong vor 60 Jahren die Volksrepublik ausrief. China hat mit dem Maoismus früh seinen eigenen sozialistischen Weg beschritten und entschied sich ab Mitte der 1980er Jahre für die „sozialistische Marktwirtschaft“. Heute, nach 60 Jahren Revolution und 20 Jahren Wirtschaftsreformen ist die Volksrepublik unterwegs zum „gelben Kapitalismus“ und dabei eine Wirtschaftssupermacht zu werden, die international Aufsehen und Misstrauen erregt.

Sind Chinas Reformen, insbesondere auf dem Lande, steckengeblieben und befindet sich das Land in einer autoritären Konsolidierung? Diese Frage diskutierte Björn Alpermann von der Universität Würzburg. Nach der Auflösung der Volkskommunen in den 1980er Jahren musste die dörfliche Selbstverwaltung neu organisiert werden. Heute gibt es auf lokaler Ebene Dorfwahlen, wobei der Führungsanspruch der Kommunistischen Partei auch über die Verwaltung weiter besteht.

Positiv, so Alpermann, sind verbesserte Wahlprozesse, ein neues Kaderkontrollsystem, eine allgemeine landwirtschaftliche Modernisierung und das Engagement von Akteuren ohne Parteibuch, zum Beispiel von Kleinunternehmern. Dennoch kommt es durch die zunehmende soziale Ungleichheit gerade auf dem Land immer wieder zu Protesten, insbesondere in Folge von Umweltzerstörung, Steuern, Gebühren und Beschlagnahmung von Land.

„China hat eine lange Tradition von Bauernprotesten“, sagte Alpermann und das wisse die Regierung in Peking. Deswegen wird Kritik und Widerstand in einem gewissen, lokalen Rahmen zugelassen. Seit 2002 gibt es keine Steuern und Gebühren für den ländlichen Raum. Neu seien Massenkrawalle, wie sie im Sommer im nordwestchinesischen Xinjiang zu beobachten waren.

450 Milliarden Euro Rettungspaket

Ist die Wirtschaftskrise in China vorbei? Mit einem Wirtschaftswachstum von 11 Prozent im dritten Quartal 2009 scheint es so. Allerdings wurde China



Markus Taube: 60 Millionen Wanderarbeiter in der Krise schnell entlassen

erst durch die dritte Welle mit der Konsumschwäche in den USA und Europa in die Krise gerissen und die Folgen machten ein Rettungspaket von umgerechnet 450 Milliarden Euro notwendig. Ein Vorteil sind die vielen ungeschützten Arbeitsverhältnisse: 60 Millionen Wanderarbeiter konnten in der

Krise schnell entlassen werden. Jetzt holt man sie vielfach wieder zurück – mit Folgen. Markus Taube von der Universität Duisburg-Essen sagte: „Die unterprivilegierte Bevölkerung Chinas hat einen Großteil der Kosten der Wirtschaftskrise getragen“.

Bruch mit Mao

Grundsätzlich beruht Chinas Wirtschaftsentwicklung, so Taube, auf einem grundlegenden Bruch mit der maoistischen Ideologie. Die Faktoren dieser Entwicklung waren eine gewaltige Systemtransformation Richtung Marktwirtschaft, Industrialisierung und Internationalisierung. Ausländische Investitionen wirkten als Katalysator: Ohne Transfer von Kapital und Wissen wäre China nicht so schnell in der Weltwirtschaft angekommen. Heute versuchen chinesische Unternehmen weltweit zu investieren, sich in globalen Oligopolen zu positionieren und ihre Innovationskompetenz zu verbessern – letzteres ist dringend notwendig: China ist immer noch auf ausländische Ingenieursleistungen angewiesen. Der Einfluss des Staates zeigt sich besonders in der Automobilindustrie. Hier wird die Struktur auf wenige große Firmen konzentriert. Innovativ sind chinesische Firmen dennoch: BYD („Build Your Dream“) beispielsweise ist heute der führende Anbieter von batteriegetriebenen Fahrzeugen.

Außenpolitik 1969 am Tiefpunkt

Die Frage nach der Gefährlichkeit Chinas mutet bizarr an, wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher katastrophalen außenpolitischen Lage die Volksrepublik China bei ihrer Gründung 1949 und für weitere 20 Jahre war. Der Tiefpunkt der außenpolitischen Situation, so Peter J. Opitz von der Universität München, war 1969 erreicht. Zu dieser Zeit hatte die Führung in

Peking den Koreakrieg, mehrere Taiwankrisen, die Umzingelung durch die USA, die rapide Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion, katastrophale Massenkampagnen und innenpolitische Zerreißproben er-



Gigantische Parade zum 60. Jahrestag der Volksrepublik China

überlebt. Die strategische Wende, das Ende der Isolation, wurde erst 1972 durch die Aufnahme in die Vereinten Nationen und das Ende der Wirtschaftssanktionen möglich. Eine Annäherung an die USA war erst mit den Reformern möglich, die sich ab 1978 in Peking durchsetzen konnten. Das hat Peking nicht von bemerkenswert schlechten Beziehungen zu vielen Nachbarn, insbesondere der Sowjetunion und Vietnam, bewahrt. Erst der Faktor „Zufall“ in Form von Präsident Gorbatschow und dem Ende der sowjetischen Bedrohung kam China endgültig zu Hilfe. Heute ist China, so Opitz in seinem Überblick, erfolgreiches Mitglied in vielen internationalen und regionalen Organisationen. Allerdings ist der Wirtschaftsaufbau die Grundlage für den außenpolitischen Erfolg. Hier zeigen sich aber auch neue Herausforderungen in Bezug auf Transportwege und Investitionszusagen: „Sicherheit ist nicht ein nur militärisches Problem!“, sagte der Münchner Asien-Experte.

Rüstungsspirale nicht in Sicht

Zur militärischen Stärke Chinas erläuterte Sven B. Gareis (Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg) die

schnell gestiegenen Verteidigungsausgaben und die neue Machtprojektionsfähigkeit auch außerhalb des eigenen Territoriums. Deutlich werde das am chinesischen Anti-Pirateneinsatz im Arabischen Meer mit moder-

nen Überwassereinheiten. Das Ziel sei es, „kurze Kriege höchster Intensität in der Peripherie führen und gewinnen zu können“. Dennoch: Die Probleme des chinesischen Militärs und die Lasten der Tradition wiegen schwer. Die Erfahrungen der alten Volksbefreiungsarmee waren „invasionsgeprägt“ und auf die Hinterlandverteidigung mit Volkskriegsmethoden ausge-

legt. Die Einsatzerfahrung ist begrenzt und die Einsätze amerikanischer Truppen im Persischen Golf stellten die ausrüstungs- und ausbildungstechnische Unterlegenheit der chinesischen Streit-



Peter J. Opitz: bemerkenswert schlechte Beziehungen zu vielen Nachbarn

kräfte deutlich heraus. Inzwischen modernisiert China erfolgreich beispielsweise viele Marineeinheiten. China habe bislang kein Offensivpotenzial. Schließlich sei das sicherheitspolitische Ziel auch nicht der Gebietserwerb, sondern die Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen

Handlungsfähigkeit, regional und global, sagte der Hamburger Militärfachmann.

Veraltetes Militär

Spannende Details waren vom ehemaligen deutschen Militärattachée in China zu erfahren. Der Oberst a.D. Hans-Klaus Haacke nannte als Beispiel den immer noch hohen Anteil der „Rotlichtbestrahlung“, also der politischen Erziehung, im militärischen Alltag. Viele Profis, auch in China,



Hans-Klaus Haacke: Verkleinerung der Armee belastet den Arbeitsmarkt

wünschten sich eine Verkleinerung der Armee – sie ist immer noch die größte der Welt. Das aber würde den Arbeitsmarkt zu sehr belasten und die Kapazität bei Katastropheneinsätzen schwächen. Hilfe bei Naturkatastrophen ist eine zentrale Aufgabe der Volksbefreiungsarmee. Die Streitkräfte erfahren nur sektorale Modernisierungen. „Für eine umfassende Modernisierung fehlt das Geld“, sagte Haacke. Außerdem waren die chinesischen Streitkräfte 40 Jahre lang unterfinanziert, den Geldsegen gibt es erst seit etwa 2004. So sind trotz großer Stückzahlen viele Systeme veraltet und auch die Leistungsfähigkeit der chinesischen Rüstungsindustrie im internationalen Vergleich ist überschätzt. Chinas modernes Militärgerät komme bis auf weiteres aus Russland, Israel, Südafrika und Europa. Und technische Modernisierung sei ohne Allianzpartner und mit zu vielen unterschiedlichen Mustern und Typen äußerst schwierig. ■

Saskia Hieber

Weitere Hintergrundinformationen zum Thema und zur Tagung finden Sie auf unserer homepage www.apb-tutzing.de

Jugendoffiziere diskutieren Wirtschaftskrise und Terrorismus

Der Besuch von Brigadegeneral Johann Berger beim Gespräch mit den süddeutschen Jugendoffizieren war der protokollarische Höhepunkt einer Tagung, die sich inhaltlich an aktuellen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen ausrichtete. Wolfgang Quaissers Erläuterungen zur Wirtschaftskrise stießen auf größtes Interesse. „Niemand hat damit gerechnet, dass im leistungsfähigen Herz der US-Wirtschaft, den Finanzmärkten, die Krise ihren Ausgangspunkt nimmt“, so Quaisser. Er prognostizierte eine lange Krisendauer und schmerzhaftes Anpassungsprozesse.



Zu lebhaften Diskussionen regte der Vortrag von Christiane Nischler vom Bayerischen Sozialministerium über Muslime in Deutschland und deren Radikalisierungspotenziale an. Die Terrorismusexpertin beschrieb die neuen Probleme durch den „home-grown-terrorism“, bei dem Ansässige und eigene Staatsangehörige versuchen, ihr Aufenthaltsland anzugreifen.

Der Zusammenhang zwischen Radikalisierung und Herkunft aus einem muslimischen Land fällt bei diesen Konvertiten weg. Entscheidend ist die Gruppen- und Zellenbildung unter einem ideologischen oder religiösen Anführer. „Ein Einzelner radikalisiert sich nicht“, so Nischler.

Die größte Gruppe von Muslimen in Deutschland sind Türken, von denen aber nur maximal 15 Prozent religiös organisiert sind. Arbeitsmigration ist hier das Problem – viel weniger Radikalisierung oder Terrorismus. Zu den Präventionsansätzen gehören Kontakte zu Moscheen und muslimischen Verbänden und die Einbindung von Zuwanderern in staatliche Aufgaben, zum Beispiel den Polizeidienst. ■

Saskia Hieber

Nordkorea und die Bombe

Sebastian Harnisch von der Universität Heidelberg beurteilt die Nordkoreasituation ohne Gnade: Die USA haben Nordkorea als neunten Nuklearwaffenstaat trotz der Erfahrungen des 11. September 2001 zugelassen. Aus der gesamten Entwicklung seit 1994 habe Nordkorea gelernt: „Drohung und Eskalation lohnen sich“.

Mittlerweile beherrscht Nordkorea auch beide Verfahren zur Herstellung von Atomwaffen: die Wiederaufbereitung von Plutonium und die Herstellung beziehungsweise Anreicherung von Uran 238 und 235. Die Frage ist jetzt, wie viel Kilogramm Sprengstoff zur Verfügung stehen.

Nach Meinung vieler Experten wären 25 Kilogramm hoch angereichertes Uran für die Sprengstoffproduktion notwendig. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sind Nordkoreas Exporte von Atom- und/oder Waffentechnik nach Pakistan, Syrien und Iran. Problematisch ist, dass die Verhandlungen mit Nordkorea vorerst als gescheitert zu betrachten sind. Eine fehlgeleitete Asien-Politik der Regierung Bush hat zur Eskalation offensichtlich beigetragen: Hatte Nordkorea im Jahr 2001 Material für zwei Bomben, so besaß Nordkorea 2008 ein ausgebautes Atomwaffenpotential von 6 bis 16 Waffen.

Nach einer neuerlichen, auch durch innenpolitische Unsicherheiten ange-

regten Eskalation im Mai und Juni 2009 durch Tests verbesserte sich die Lage im Herbst 2009 durch die Entwicklungen im Iran, eine „unaufgeregte“ und kooperativere Politik der neuen Obama-Regierung und schließlich durch den Besuch Bill Clintons. Weniger komplex ist die Situation dadurch nicht geworden. Präsident Obamas Problem ist, dass ein nukleares Nordkorea in Washington innen- und außenpolitisch nicht ratifikationsfähig ist. Andererseits wird Präsident Kim aber auf das Herrschaftsinstrument „Atomwaffe“ nicht verzichten. „Die USA werden mit einem nuklearen Nordkorea leben müssen“, so Harnisch. Und der Rest der Welt wohl auch. ■

SH

Den Bericht zum Vortrag von Udo Steinbach finden Sie auf der Internetseite der Akademie <http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=687#c8842040>

„Alles, was wir haben, sind Diamanten und Tourismus“

Bildungsminister Jacob D. Nkate aus Botswana im Gespräch

Im August 2009 war Wahlkampf in Botswana. Es hat den Ruf als demokratisches und friedliches Musterland im südlichen Afrika. Die Menschen leben in erster Linie vom Diamantenabbau und Tourismus. Gleichzeitig hat es aber auch eine der höchsten HIV-Infektionsraten der Welt.

Das Interview mit dem botswanischen Bildungsminister und Parteivorsitzenden findet statt auf seiner Wahlkampftour für ein Abgeordnetenmandat im westlichen Botswana. Unter ein paar Bäumen im Dorf Etsa sitzen auf Plastikstühlen der junge Karrierepolitiker, Teile seines Troses und die alten Honoratioren der Umgebung. Im Kreis davor lauscht die Bevölkerung auf Bäumen, Hockern, Paletten oder einfach im Sand sitzend den durch Lautsprecher verstärkten Liedern und Ansprachen. Der Kirchenchor hat sich ebenfalls die roten T-Shirts der Regierungspartei BDP (Botswana Democratic Party) von Präsident Ian Khama übergestreift und zeigt Tänze und Lieder. Alles dauert Stunden. Ich will mehr über die politische Kultur und den Wahlkampf erfahren und da ich als einzige Nicht-Einheimische auffalle und Neugier erzeuge, schaffe ich es über die Vermittlung eines „vierten Cousin“ mit dem Minister zu sprechen. Vielleicht sprechen wir mit einem zukünftigen Präsidenten?

Die politische Arbeit bewegt sich um Politiklinien, Projekte und das Budget, erklärt Nkate. Im Wahlkampf hätten Debatten zwischen den Kandidaten eine Tradition und er ist zusätzlich auf

dem Land in „Haus-zu-Haus-Kampagnen“ unterwegs. „Haus-zu-Haus“ ist nicht wörtlich zu nehmen. „Dorfplatz-zu-Dorfplatz“ trifft die Realität eher. Aber schon das ist angesichts der schlechten Sandpisten im Land eine beachtliche Leistung. Minister Nkate spricht die großen Probleme Botswa-



Saskia Hieber im Gespräch mit dem botswanischen Bildungsminister Jacob D. Nkate

Foto: privat

nas, Aids und Arbeitslosigkeit, sofort an, steuert dann aber zügig auf die Wirtschaftserfolge zu. Er weist auf Botswanas Wirtschaftswachstum von über acht Prozent und die Devisenreserven von umgerechnet etwa drei Milliarden Euro hin. Dennoch: „Wir brauchen dringen ausländische Investitionen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Beispielsweise kann die Rinderzucht ausgebaut werden“. Nkate beschreibt auch, warum Investoren nach Botswana kommen

können und sollen: stabile Wirtschaft und Wachstum, Frieden und niedrige Steuern (15 Prozent Einheitstarif) sind seine Argumente.

Zur Bildungspolitik erfahren wir, dass 28 Prozent des Budgets für Bildung und die Entwicklung neuer Fähigkeiten ausgegeben werden. Kinder aus abgelegenen Gebieten und Dörfern fasst man in „student hostels“ zusammen. Die Schulpflicht beträgt 10 Jahre und es sei durch die soziale Kontrolle in den Dörfern sichergestellt, dass die Kinder auch zur Schule gehen. Wer seine Kinder zu Hause zur Arbeit behalte, werde inzwischen schlecht angesehen und den Mitarbeitern der Sozialprogramme gemeldet. Botswana hat eine Tradition, viele Studenten in die Welt zu schicken: 4000 seien in Südafrika, 2400 in Malaysia und weitere Tausende in Kanada und in der Karibik.

Der Minister ist Jurist ist und hat zuvor schon auf anderen Kabinettsposten Erfahrung gesammelt. Nkate kommt, wie er sagt, aus einer „politischen Familie“.

Aber hinter seinem Erfolg steckt wohl – nach anderen Aussagen – weniger eine einflussreiche Familie, als viel Arbeit. Ob er, der ein politisches Schwergewicht in Botswana ist und schon als Vizepräsident im Gespräch war, nach den Wahlen vom 16. Oktober 2009 wieder ins Kabinett kommt, hängt weniger von seinem Erfolg im Wahlkampf ab, als vielmehr vom Präsidenten, der ihn direkt berufen kann. ■

Das Gespräch führte Saskia Hieber

Linktipps: Auswärtiges Amt, Länderinformationen, Botswana,

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Botsuana.html>

Ministry of Education, Botswana, http://www.moe.gov.bw/headquarters/about/vision_mission.html

Newsletter des Bildungsministeriums von Botswana, <http://www.moe.gov.bw/cde/downloads/bareng0906.pdf>

Über Minister Nkate im Botswanischen Sunday Standard: http://www.sundaystandard.info/search/search_item.php?NewsID=4213#

„Rumänien muss Korruption und Armut bekämpfen“

Emanoil Ancuta ist Professor für Philosophie und hat in seinem Heimatland Rumänien einen schwierigen Stand. Er will in Bukarest ein Zentrum für Politische Bildung gründen, Unterstützung von der Regierung bekommt er dabei nicht. An der Tütinger Akademie hat er sich zehn Tage lang umgeschaut. Ancuta sammelt und dokumentiert Informationen über den Stand der politischen Bildung in Deutschland. Er studierte Philosophie, Logik, Sprachphilosophie, Politologie und Soziologie an den Universitäten in Bukarest, Klausenburg, Göttingen und Oxford. Er ist Direktor des Rumänischen Instituts für Internationale Studien und Mitkoordinator des EU-Projekts „Überwindung der Diktaturen“. Kathrin Haimerl sprach mit ihm kurz vor seiner Abreise.

Haimerl: Herr Professor Ancuta, Sie waren nun zehn Tage an der Akademie für Politische Bildung. Warum?

Ancuta: Um meine Einblicke in die Arbeit hier zu vertiefen. Ich war sehr beeindruckt und es war sehr fruchtbar für mich. Nach meiner Emeritierung habe ich gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern in Bukarest eine Stiftung für Demokratie und Politische Bildung gegründet. Das Vorbild war Deutschland, dessen Realitäten ich bei mehreren Aufenthalten hier kennengelernt habe. Die deutsche Kultur, die deutsche Gesellschaft, deutsche Philosophie, deutsche Politik. Aber insbesondere die einmalige deutsche Geschichte mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert.

Was ist das Ziel Ihrer Stiftung?

Wir haben diese Stiftung gegründet, um in Rumänien die politische Bildung zu fördern. Die momentane Situation in Rumänien gefällt mir nicht. Ich muss zugeben, mein Land war nicht vorbereitet auf die EU-Aufnahme. Es gibt keine funktionierende Marktwirtschaft. Es gibt zu viel Korruption. Diese Korruption geht durch alle Parteien. Und es gibt in Rumänien eine große Kluft zwischen Armut und Reich-

tum. Diese beiden Plagen, Korruption und Armut, machen Rumänien kaputt. Wir müssen das überwinden. Ich dachte, die EU-Aufnahme wäre gut für Rumänien. Aber selbst nach zwei Jahren EU-Mitgliedschaft geht die Korruption weiter.



Emanoil Ancuta informierte sich in der Akademie über politische Bildung in Deutschland Foto: hai

Auf welche Probleme stoßen Sie in Rumänien bei Ihrer Arbeit?

Ich würde meine Stiftung gerne weiterentwickeln, eine Zentrale für Politische Bildung in Bukarest gründen. Aber die Regierung will das nicht. Auch im Volk herrscht die Meinung, dass wir politische Bildung nicht brauchen. Aber die demokratische, politische Bildung ist notwendig! Sie ist eine *Conditio sine qua non* der demokratischen Entwick-

lung Rumäniens! Das müssen alle verstehen. Deswegen müssen wir etwas machen. Aber wir bekommen keine Unterstützung, weil wir Kritik an der Regierung üben.

Was erhoffen Sie sich von der EU?

Wir brauchen Kontrolle. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sagen, wir möchten uns nicht einmischen. Doch! Das müssen sie! Das sind EU-Angelegenheiten! Europa wächst zusammen. Rumänien ist zurückgeblieben. Wir brauchen Hilfe, um Fortschritte zu machen. Die Transformationsprozesse müssen beschleunigt werden. Die Demokratisierung muss weitergehen und weiterentwickelt werden. Die politische Klasse muss ausgewechselt werden. Das geht nicht über Nacht. Deswegen müssen wir mit Deutschland und mit anderen EU-Ländern kooperieren. Besonders in der politischen Bildung und bei der politischen Kultur!

Was nehmen Sie von Ihrem Aufenthalt in der Akademie nach Rumänien mit?

Argumente, Material, Begründungen, warum politische Bildung so wichtig ist. Was Professor Oberreuter hier seit 16 Jahren macht, ist vorbildlich für uns. Theoretisch wie praktisch. Konkret habe ich gesehen, mit welchen Themen Sie sich hier

beschäftigen – mit internen deutschen Problemen, mit theoretischen Fragen, gleichzeitig mit internationaler Politik, mit der Globalisierung, mit der Diversität der Gesellschaft, dem Dialog der Religionen. Sie machen das, um aktive Bürger zu erziehen. Genau das versuche ich, auf Rumänien zu übertragen. Egal, ob unsere Stiftung oder irgendeine andere Institution: Das muss gemacht werden. ■

Zwei deutsche Diktaturen im Spiegel der Geschichte

Symposium zur Verabschiedung von Dozent Jürgen Weber

Zu Ehren ihres langjährigen Dozenten für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte, Jürgen Weber, und aus Anlass seiner Verabschiedung nach 38 Dienstjahren hat die Akademie ein Symposium zur Geschichte der beiden deutschen Diktaturen veranstaltet. Zu Gast waren Wissenschaftler, mit denen Weber während seiner Dozententätigkeit eng zusammen-

gearbeitet hatte: Jürgen Zarusky vom Münchner Institut für Zeitgeschichte, Hans-Jürgen Grasemann, ehemals stellvertretender Leiter der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter und heute Oberstaatsanwalt in Braunschweig, und Stefan Wolle, der wissenschaftliche Leiter des DDR Museums Berlin. Während sich Zarusky die Frage stellte, inwiefern die Widerstands-

bewegungen gegen das NS-Regime zum Traditionsbestand der Demokratie gehören, beschäftigte sich Grasemann mit der Debatte über den Unrechtsstaat DDR. Wolle analysierte Umfragen und Untersuchungen, die die Einstellung von Bürgern im Osten und Westen gegenüber der Demokratie und dem politischen System der DDR abfragten.

Pluralität des Widerstands gegen Hitler

Jürgen Zarusky zeichnete ein vielfältiges und differenziertes Bild des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Er erinnerte daran, dass Teile der Gründergeneration der beiden deutschen Staaten aus ihm hervorgegangen seien. In der DDR sei dies noch deutlicher ausgeprägt gewesen als in Westdeutschland.

Eine wichtige Zäsur im Umgang mit dem Widerstand gegen das NS-Regime sieht Zarusky im Prozess gegen den Wehrmachtsoffizier und Altnazi Otto Ernst Remer in Braunschweig im Jahre 1952. Major Remer, der später zu einer Art Kultfigur der Neonazi-Szene wurde, war maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstands vom 20. Juli 1944 beteiligt und schmähte nach dem Krieg die Widerständler als Landesverräter.

„Der Remer-Prozess brachte einen Durchbruch für die Anerkennung des bis dahin auch in weiten Kreisen der neuen Demokratie mit dem Odium des Verrats belasteten Widerstands“, sagte Zarusky.

Scharf widersprach er Lothar Fritzes Kritik am Hitler-Attentäter Georg El-

ser. Dieser hatte beim Bombenattentat am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller auch die Tötung Unschuldiger in Kauf genommen. Fritze vertritt die Meinung, Elser habe somit



Jürgen Zarusky zeichnete ein differenziertes Bild des Widerstands gegen Hitler Fotos: hai

nicht moralisch gehandelt. „Fritze verlangt vom Aufstand des kleinen Mannes zuviel und ist sehr theoretisch.“

Zum 70. Jahrestag des Attentats im Herbst 2009 legt Fritze ein neues Buch über Elser vor. Man dürfe gespannt

sein, ob der „Durchschnittsphilosoph Fritze“ inzwischen seine historische Beurteilungskompetenz erweitert habe, sagte Zarusky.

Der Historiker betonte darüber hinaus den Stellenwert des Widerstands der Arbeiterbewegung: „Das Prager Manifest von 1934 sieht die Aufgabe der Sozialdemokratie darin, den Krieg zu verhindern und forderte, keinen Mann und keinen Groschen für dieses System’.“

Auch der kommunistische Widerstand wollte keineswegs durch alle Reihen hindurch nur eine Diktatur durch die andere ersetzen: „Es gab auch dort viel Idealismus, Mut und Opferbereitschaft. Viele hatten nicht die reale Stalin-Diktatur vor Augen, sondern einen illusorischen Traum von Gerechtigkeit“, sagte Zarusky.

Er wandte sich schließlich gegen die Versuche, „Unerwünschte“ aus dem Tableau des Widerstandes auszuschließen. Stattdessen forderte er ein modernes Traditionsverständnis des Widerstands, das simple Vorbildidentifikationen vermeidet, das Ambivalenzen aushält, das Leistungen und Schwächen abwägt und Qualitäten schätzt: „Der Widerstand gegen Hitler wird zum demokratischen Traditionsbestand nicht durch pathetische

Verehrung, sondern durch die Anerkennung seiner Pluralität“, sagte Zarusky.

Unrechtsstaat DDR

Der Braunschweiger Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Grasemann war von 1989 bis 1994 stellvertretender Leiter der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter. Sie hatte die Aufgabe, Hinweisen auf vollendete oder versuchte Tötungshandlungen (zum Beispiel an der innerdeutschen Grenze), Unrechtsurteile aus politischen Gründen, Misshandlungen im Strafvollzug und Verschleppung oder politische Verfolgung in der DDR nachzugehen und Beweismittel darüber zu sammeln. Dieses sollte der Abschreckung potentieller Täter dienen und so zu einer Erleichterung der Lebensverhältnisse in der DDR führen. Langfristig sollten die Informationen im Fall einer deutschen Wiedervereinigung zur Eröffnung von Strafverfahren dienen.

Es gibt kaum einen besseren Experten, wenn es um die Frage des Unrechtscharakters der DDR geht. Die Grundlagen des Rechtsstaats arbeitete der Jurist Grasemann schnell ab: In der DDR gab es keine Opposition in der Volkskammer, keine Volkssouveränität, keine Gewaltenteilung, keine einklagbaren Grundrechte gegen den Staat, keine unabhängigen Gerichte, kein Verfassungsgericht. Grasemanns Schlussfolgerung: Die DDR war kein Rechtsstaat.

Den Beweis, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, führte Grasemann mit Hilfe der „unbarmherzigen, harten Urteile“ der politischen Justiz. Faire Verfahren gab es kaum, die Vorverurteilung mit präzisen Strafraumen durch die politische Führung war üblich. Und das sei nicht nur ein Problem in der Anfangsphase des SED-Regimes gewesen, sondern habe sich bis zum Schluss fortgesetzt: Ein Jahr und sechs Monate Haft gab es für das Tragen eines schwarzen Anzugs und stummes Herumstehen auf dem Alexanderplatz. Unter Eingeweihten war dies der stumme Protest gegen die Ablehnung eines Ausreiseantrags.

20 Jahre nach dem Fall der Mauer und der friedlichen Revolution beobachtet Grasemann, dass die „Täter von damals immer dreister werden und ihre Opfer auf Unterlassung verklagen.“



Hans-Jürgen Grasemann: Politische Justiz machte die DDR zum Unrechtsstaat

Ostalgie und DDR-Verklärung

Angesichts positiver Urteile über die DDR-Vergangenheit, ihrer Verklärung und einer „Ostalgiewelle“ forderte Stefan Wolle, Leiter des DDR Museums in Berlin, vermehrte Anstrengungen der politischen Bildung

von 1989, gleichzeitig halte sich aber das Urteil, in der DDR sei nicht alles schlecht gewesen. Um diesen Widerspruch aufzulösen, brauche man keine wissenschaftliche Analyse. Der Wert der eigenen Biografie stünde bei den meisten Menschen im Vordergrund. Bei den Ostdeutschen käme hinzu, dass sie Probleme der eigenen Vergangenheit mit der Geschichte des Staates verknüpfen.



Stefan Wolle verlangte Aufklärung über die Lebensrealität in der DDR

Wolle sagte, anstelle von „Ostalgie“ spräche er lieber von „Ost-Trotz“: „Eine DDR-Identität kam erst auf, als die DDR im Sterben lag.“ Heute erträume sich jeder seine eigene, neue DDR jenseits der realen Vergangen-

„Eine DDR-Identität kam erst auf, als die DDR im Sterben lag.“

Stefan Wolle

und Aufklärung über die Lebensrealität in der DDR. Das fehlende Wissen der Jugend sei erschreckend, sagte der frühere DDR-Bürgerrechtler Wolle. Deswegen habe die Ostalgie eine Chance. Dazu käme ein fatales Begriffschaos: „Die Leute meinen soziale Ungerechtigkeit, sagen aber Unrechtsstaat.“

Menschen mit DDR-Biografie seien stolz auf die friedliche Revolution

heit. „Und Schüler erzählen in der Schule, was sie zuhause hören.“

Was kann helfen? „Wir müssen uns gegenseitig alles erzählen, aber ohne Verklärung und Dämonisierung“, sagte Wolle. ■

Michael Schröder

Das Gedächtnis der Akademie geht

Jürgen Weber nach 38 Dienstjahren verabschiedet

„Ich sage Ihnen ausdrücklich, wie wenig ich mich freue, Sie heute verabschieden zu müssen!“ Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, sonst für seine pointierten und launigen Reden bekannt, wird ganz ernst. „Wir verlieren mit Ihnen sehr viel“, sagt er. Seine Stimme wird brüchig. Die Rührung ist ihm anzumerken. Die Würdigung galt Dozent Jürgen Weber, der an der Akademie eine längere Zeit zugebracht hat als der heutige Direktor. 38 Jahre lang war er als Dozent tätig. Die Mitarbeiter der Akademie, aktive wie ehemalige, haben ihn in den Ruhestand verabschiedet.

Jürgen Weber hat die politische Bildung an der Akademie geprägt. „Dieses Haus gab über Jahre auch jener Deutschlandforschung eine Stimme, die im Mainstream nicht mehr gerne gehört worden war“, sagte Oberreuter in seiner Laudatio. Weber habe zudem den

seiner Arbeit sei Weber zu einer „Institution in der Institution“ geworden.

Produktiver Autor

Auch mit seinen Publikationen – Weber hat 25 Sammelbände herausgegeben, drei Monographien geschrieben und rund hundert Aufsätze und Beiträge für Bücher und Zeitschriften verfasst – habe er zur Aufarbeitung beider deutscher Diktaturen beigetragen. Seine zeitgeschichtliche Kompetenz strahle „selbst dorthin, wo man die Bücher verkehrt herum liest“, sagte Oberreuter: Webers „Kleine Geschichte Deutschlands“ wurde unter anderem ins Arabische übersetzt.



Akademiedirektor Heinrich Oberreuter (rechts) überreichte dem Wagner-Fan Jürgen Weber den „Ring des Nibelungen“

„Protagonisten der friedlichen Revolution immer wieder eine Bühne gegeben – in Westdeutschland und außerhalb Berlins war unsere Akademie diesbezüglich wahrscheinlich die mit dem aktivsten Programm.“ Mit

der Dillinger Akademie für Lehrerfortbildung im Bereich der historisch-politischen Bildung koordiniert. Zuletzt hatte er sich dabei engagiert, Geschichtslehrkräfte an Gymnasien zu Sozialkundelehrkräften auszubilden.

Er hat den Ausbildungsplan wesentlich mit entwickelt.

Doch neben seiner wissenschaftlichen Kompetenz war es noch eine andere Seite, die bei der Feier im Mittelpunkt stand: die menschliche. Oberreuter nannte sie „Gemessenheit, eine altmodische Tugend, die Jürgen Weber lebt“.

Personalratsvorsitzender Michael Schröder sprach von „menschlicher Gelassenheit“: „Beharrlichkeit, Ausdauer, nur keine Hektik.“



Personalrat Michael Schröder drehte einen Film über Jürgen Weber, in dem die Person vielfältig gewürdigt wurde Fotos: hai

Der gelernte Journalist und Medien-dozent Schröder hatte ein ganz eigenes Abschiedsgeschenk für den Zeit-historiker Weber. Unter dem Titel „Das Gedächtnis geht“ drehte er einen Film im Stil eines Nachrichten-formats, in dem er Seminarteilnehmer, Akademiemitarbeiter und Kooperationspartner zu Wort kommen ließ. „Weber ist der Idealtypus eines Dozenten“, sagte darin eine Teilnehmerin. „Immer freundlich, gelassen, ruhig, zugewandt.“ Und ein anderer Seminarteilnehmer meinte: „Die Tagungen von Herrn Weber waren für mich wie der Mercedes der politischen Bildung.“



Und dann nahm Weber noch einmal den Platz des Dozenten am Pult ein und blickte auf seine Tätigkeit in der Akademie zurück. 1971 holte ihn der damalige Akademiedirektor Manfred Hättich nach Tutzing: „Der Pfälzer kam nach Bayern und hat hier Wurzeln geschlagen“, sagte Weber.

Teilnehmer-Typologie

38 Jahre als Dozent – da erlebe man in Seminaren viele Menschen und deren Verhaltensweisen, darunter auch „auffällige Zeitgenossen“. Der Wissenschaftler Weber machte den Versuch der Typologisierung. Da gebe es etwa den „Teilnehmer als Genussmensch“, der lieber Zeit am Steg und See verbringe. Oder den „passionierten Zwischenrufer“. Oder den „feindseligen Fragensteller“, der erst gar nicht versuche, seine Frage in eine „wohlwollende Form zu packen“. Dann gebe es noch den „Typus des Großkritikers“ und schließlich den des „Ko-Referenten“, der vorgebe, eine Frage stellen zu wollen und dann die Chance für einen eigenen Vortrag nutzt.

Doch es waren nicht nur die Teilnehmer, die die soziologische Leidenschaft in dem Historiker weckten. Weber weiß auch Anekdoten von Gastreferenten zu berichten. Etwa die des bayerischen Spitzenpolitikers, der, wegen winterlicher Straßenver-

hältnisse bereits verspätet, dann auch noch von einem Teilnehmer in ein längeres, leidenschaftliches Gespräch verwickelt wurde. Es ging um Pudel. „Es stellte sich heraus, dass der Teilnehmer der Vorsitzende des deutschen Pudelverbandes war und der Minister dessen prominentes Mitglied“, sagte

rechten Dingen zu, wie der Dozent von seinen Teilnehmern etwas lernen kann.“

Bei Akademiedirektor Heinrich Oberreuter bedankt er sich für die „Freiheit und die sehr großzügigen institutionellen Vorgaben.“ Die Akademie sei für ihn immer ein „Ort der geistigen



Jürgen Weber und seine Frau Monika (links) freuen sich über Lobreden und Geschenke zum Abschied

Weber. Und er schildert dies alles in dem ihm ganz eigenen Ton der heiteren Zurückhaltung – und zwischen- drin zeigt er dieses verschmitzte Lächeln, von dem auch die Akademie- mitarbeiter im Abschiedsfilm gesprochen haben. Schließlich greift er auf ein Zitat des Philosophen Jürgen Habermas zurück, das Weber auf seine Dozententätigkeit überträgt: „Nur so lange geht es in einem Seminar mit

Inspiration, des Lernens, des Gedankenaustauschs“ gewesen. „Professor Oberreuter ließ mir freie Hand. Und es sieht ja so aus, als wäre er mit dem Ergebnis einigermaßen zufrieden“, sagte Weber und blickt von seinem Manuskript auf. Da ist es wieder, dieses verschmitzte Lächeln. ■

Kathrin Haimerl / Michael Schröder

Auswahlbibliografie Jürgen Weber

Monographien:

Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 4. erw. Auflage, München 2007 (1. Auflage 2001), 442 S.

Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945, Deutscher Taschenbuch Verlag, 3. erw. Auflage, München 2006 (1. Auflage 2002), 406 S.

Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2. überarb. und erw. Auflage, München 1981 (1. Auflage 1976), 464 S.

Herausgeberschaften:

Illusionen, Realitäten, Erfolge. Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit, Olzog Verlag, München 2006, 306 S.

Föderalismus. Leitbild für die Europäische Union?, (mit M. Piazzolo), Olzog Verlag, München 2004, 336 S.

Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, (mit S. Suckut), Olzog Verlag, München 2003, 338 S.

Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, (mit C. Vollnhals), Olzog Verlag, München 2002, 455 S.

50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft. Eine Erfolgsstory vor dem Ende?, (mit P. Hampe), Olzog Verlag, München 1999, 191 S.

Justiz im Zwielicht. Ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaates, (mit M. Piazzolo), Olzog Verlag, München 1998, 358 S.

Ein mitgestaltendes Element bayerischer Politik

Zum Tode von Karl Böck

Karl Böck, der langjährige Vorsitzende des Kuratoriums unserer Akademie, ist am 28. September 2009 im Alter von 93 Jahren gestorben. Wir dokumentieren in Auszügen die Trauerrede von Prof. Dr. Hans Maier, dem jetzigen Kuratoriumsvorsitzenden und ehemaligen bayerischen Kultusminister, unter dem Karl Böck als Amtschef wirkte.

Es war ein reiches, ein erfülltes Leben. Von außen gesehen, ist es fast eine Bilderbuchlaufbahn, die den am 14. April 1916 im schwäbischen Bocksberg geborenen Bauernbuben, den Dillinger Gymnasiasten, den Philosophie- und Theologiestudenten, den späteren Bibliotheksreferendar Karl Böck – nach den bis zur bitteren Neige ausgekosteten Soldatenjahren – in der Nachkriegszeit Zug um Zug zum höchsten Beamten der bayerischen Bildungsverwaltung aufsteigen ließ.

Er brachte für seine Laufbahn einiges mit: glänzende Abschlüsse vom Abitur bis zum Bibliotheksexamen und zur Promotion, eine zeitlebens fast unerschöpfliche Arbeitskraft, scharfen Verstand und sichere Menschenkenntnis. Aber das Wichtigste war seine Fähigkeit, Situationen rasch zu erfassen und einzuschätzen – die klassische Voraussetzung für den beruflichen und politischen Erfolg.

Zwei Kultusministern hat Karl Böck als persönlicher Referent gedient, Alois Hundhammer und Josef Schwalber – gedient mit einer Intensität, die über äußere und technische Hilfen weit hinausging. Im Vorzimmer, während er den Besuchern die unvermeidbare Wartezeit verkürzte, lernte Karl Böck viele bedeutende Zeitgenossen kennen, von Konrad Adenauer und Herbert Blankenhorn bis zu Otto Hahn, Hannah Arendt, Jürgen Fehling. Sein Bekanntenkreis umfasste im Lauf des Lebens Gelehrte, Politiker und Kirchenleute, er reichte in viele Orte, viele Länder hinein.

In politischen Zusammenhängen zu denken wurde dem jungen begabten

Referenten für Bibliotheks- und Archivwesen früh zur zweiten Natur. Seine Kontakte und Verbindungen zu maßgeblichen Personen des öffentlichen



An entscheidenden Schaltstellen mitgewirkt: Karl Böck starb im Alter von 93 Jahren Foto: Poss

Lebens machten ihn im Lauf der Zeit zu einer eigenständigen Figur, einem mitgestaltenden Element bayerischer Politik.

Ministern die Hand geführt

So hat Karl Böck später auf die Auswahl bayerischer Kultusminister ganz persönlich (und mehrmals erfolgreich) Einfluss genommen. Bei Konkordatsverhandlungen mit Rom im Zusammenhang mit der bayerischen Lehrerbildung hat er Nuntien und Ministern die Hand geführt.

Er wirkte mit bei der Entstehung der orthodoxen Lehreinheit an der Universität München – und ebenso bei den ersten Versuchen einer islamischen Religionskunde an den bayerischen Schulen in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Dies alles tat er als Verwaltungsmann, der gegenüber dem wetterwendischen Auf und Ab der Politik oft und gern die Kontinuität der Verwaltung, die Strenge fachlicher Anforderung und die Gleichheit vor dem Gesetz betonte, darin ganz der Tradition der bayerischen Beamtenschaft verpflichtet. Aber er tat es auch als ein in der Wolle gefärbter politischer Mensch, den es – nach verlorenen Kriegs- und Nazijahren – zu politischem Engagement in der Demokratie drängte, zum Kampf für eine humanere, gerechtere Welt, notabene: eine, die nicht allein von der Macht, sondern vor allem von Kultur und Bildung geprägt war.

Ein Vater der Akademie

Karl Böck hat im Lauf seines langen Lebens viele Anstöße gegeben, vieles in Bewegung gebracht. Er gehörte zu den Vätern der Akademie für Politische Bildung in Bayern, deren Kuratorium er viele Jahre geleitet hat. Er hat maßgeblich die zeitgeschichtliche Forschung in Bayern gefördert, indem er Arbeitskontakte zwischen dem Institut für Zeitgeschichte und den bayerischen Archiven und Bibliotheken schuf – so entstand die erste flächendeckende Untersuchung über „Widerstand und Verfolgung in Bayern“, das methodisch vorbildliche und bald auch in anderen Ländern nachgeahmte „Bayernprojekt“.

Die Katholische Akademie in Bayern verdankt ihm vieles – ebenso die Stiftung Cassianeum und der Bayerische Schulbuchverlag. Das Seniorenstudium in München ist sein und Eugen Bisers Werk. Im „Kissinger Kreis“,

den er gegründet hat, wurde die Bildungspolitik der unionsgeführten Kultusministerien auf der Arbeitsebene bundesweit koordiniert. Dass Bayern in einer Zeit stürmischer quantitativer Expansion des Bildungswesens nie die Sicherung der Qualität aus dem Auge verlor, dass seine PISA-Ergebnisse nicht schief in der Luft stehen wie der berühmte Turm, sondern ein gutes Fundament für die Zukunft bilden, ist auch Karl Böcks Werk.

Seine eigentliche, die bayerische Verwaltung prägende Leistung liegt wohl in der Leitung und Ausgestaltung des Ministerbüros im Kultusministerium in der Zeit von Ludwig Huber und meiner Wenigkeit. Er hat es zu einer hoch effizienten Schaltzentrale politischer Entscheidungen gemacht. Wenn das Ministerium in der bayerischen Kulturpolitik eine eigenständige Größe geblieben ist – nicht alleinbestimmend, aber doch mitgestaltend –, so ist das vor allem sein Werk. Er hat neue Formen der Planung, der empirisch-statistischen Sicherung von Entscheidungen, der Mitschau und Qualitätskontrolle in die Bildungspolitik eingeführt und damit Wege in die Zukunft gebahnt. Die von ihm gefundene Mitte – gleichweit entfernt von blinder Fortschrittsgläubigkeit wie von nostalgischen Ängsten – hat sich bis heute bewährt.

Leidenschaftlich und unbequem

Als sich Karl Böck am 30. April 1981 im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus in den Ruhestand verabschiedete, hatte er 34 Jahre eines beispielhaften persönlichen Einsatzes hinter sich. Ich habe damals in meiner Abschiedsrede ein Bild von ihm zu zeichnen versucht. „Karl Böck ist nicht bequem. Er verfißt eine Sache mit Leidenschaft, mit Zähigkeit, oft mit Härte. Es ist unmöglich, ihn nicht zu bewundern – es ist fast ebenso unmöglich, nicht dann und wann mit ihm zu streiten. Ich kenne aber wenige Menschen, mit denen zu streiten so lohnend, so ertragreich ist. Politik in der Demokratie braucht das Widerlager einer starken Verwaltung. Ohne diese wird sie leicht zum Spielball

kurzzeitiger Tagesinteressen. Ist nicht unsere Politik in vielen Bereichen heute deswegen so wenig überzeugend, weil sie der Anstrengung des Begriffs, der intellektuellen Auseinandersetzung mit dem Fachmann und Praktiker, dem Ringen um die beste (nicht um die nächstliegende!) Lösung aus dem Wege geht?“

Über dem Verwaltungsmann, dem kulturpolitischen Anreger und Gestalter darf man andere Tätigkeiten nicht vergessen. Da ist der Buchgelehrte, der Bibliothekar und Autor, der mit seiner



*Hans Maier würdigte Karl Böck
Foto: APB-Archiv*

dreibändigen „Sonntagsbibel“ nicht nur die Tradition der alten „Gofine“ erneuerte, sondern auch wichtige Beiträge zur Pädagogik der Aufklärung, zur Hagiographie, zur Bildungs- und Verwaltungsgeschichte geliefert hat. Seine Doktorarbeit bei Max Spindler 1947 trägt einen fast programmatischen Titel: „Johann Christoph Beer, ein Seelsorger des gemeinen Volkes“.

Die Spannung zwischen kirchlicher Tradition und Aufklärung, zwischen Religiosität und säkularem Geist hat ihn, wie ich aus Gesprächen weiß, zeitlebens beschäftigt. Das Bayerische Kultusministerium residiert ja bis heute in einem früheren Kloster – und zugleich wurde es zuständig für die säkularisierten Güter wie für den von der Kirche auf den Staat übergegangenen Erziehungs- und Bildungsauftrag.

Berater in China

Im Ruhestand war Karl Böck von 1980 bis 1995 als Berater der Regierung der Volksrepublik China tätig. Er unternahm 22 längere und kürzere Reisen nach China und hat bei der Modernisierung des chinesischen Schulwesens entscheidend mitgewirkt. Das war gewiss die wichtigste und erstaunlichste seiner auswärtigen Tätigkeiten, aber keineswegs die einzige. Schon früher, in den siebziger Jahren, hatte er wiederholt, gemeinsam mit mir, in der Türkei über die Entsendung türkischer Lehrer nach Bayern und über die Lehrpläne für eine islamische Religionskunde verhandelt, wobei wir einig waren, dass das Fach unter deutscher Schulaufsicht stehen müsse und die jungen Muslime nicht nur über die eigene Religion informiert werden sollten, sondern auch über die religiöse Umwelt des Gastlandes, über jüdische und christliche Feste, über das Kirchenjahr.

Zeitlebens hat ihn auch die Frage bedrängt, wo das ökumenische Patriarchat – nach der willkürlichen Schließung des Priesterseminars in Chalki durch die türkischen Behörden – seine Theologen ausbilden könne. Dass München ein solcher Ort werden könne, der Ort einer theologischen Begegnung von katholischer, evangelischer und orthodoxer Kirche, das war und blieb unsere gemeinsame Überzeugung – auch wenn Gruppeninteressen, Egoismus und schlichte Indolenz uns nur langsam – und bis heute nicht ganz – ans Ziel gelangen ließen.

In seinen letzten Lebensjahren hatte Karl Böck mehr Zeit für seine Familie – für seine Frau, die ihn in langen Jahren treu begleitet und ihm den Rücken freigehalten hat, für seine Kinder, seine Enkelinnen. Der früher oft cholerische Mann wurde ruhiger und gelassener. Oft traf man ihn bei langen Spaziergängen an den Uferwegen der Isar. Nach wie vor nahm er Anteil am Zeitgeschehen, an der Bildungspolitik, traf sich mit alten Mitstreitern, schrieb bis zuletzt Rezensionen über Neuerscheinungen.

Nun hat er seinen irdischen Lauf vollendet. Wir danken ihm für sein Leben und für sein Werk. ■

Die Veröffentlichungen der Akademie

Als grundlegendes Ziel gibt das Akademiegesezt von 1957 der Akademie vor, „die politische Bildung in Bayern auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen“. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Akademie „Schrifttum zur politischen Bildung anzuregen, zu sammeln und selbst herauszugeben“.

Diesem Auftrag ist die Akademie von Beginn an mit großem Engagement nachgekommen. Dazu diente nicht zuletzt der Auf- und Ausbau der umfangreichen Akademiebibliothek. Als Ergebnis der publizistischen Akademiearbeit sind, neben vielen Einzelwerken, unterschiedliche Schriftenreihen geschaffen und teils als Verlagspublikationen über den Buchhandel, teils im Eigenverlag der Akademie herausgebracht worden. Im Laufe der Zeit waren sie einigen Veränderungen unterworfen. Zu den ersten Reihen aus der Frühzeit gehören beispielsweise:

Schriften der Akademie für Politische Bildung – Reihe A [1959-1967] im Ernst Klett Verlag, Stuttgart

Mit den Ansprachen zur Eröffnung der Akademie vom 21. Februar 1959 in der Aula der Universität München – unter dem Titel „Politische Bildung im demokratischen Staat“ – nahm die Reihe „Schriften der Akademie für Politische Bildung“ ihren Anfang. Themen der nächsten Jahre sind unter anderen „Zur Soziologie des Antisemitismus“ und „Der 20. Juli“. Der in Nummer 13 abgedruckte Vortrag von Alfred Leclair aus dem Jahr 1967 zum „Föderalismuskonzept des Grundgesetzes“ markiert den Schlusspunkt dieser Reihe.

Schriften der Akademie für Politische Bildung – Reihe B: Veranstaltungsprogramme [1959-1975] im Eigenverlag der Akademie

Die erste gedruckte Übersicht über das Veranstaltungsangebot der Akademie erscheint 1959. Neben der Veranstaltungsübersicht beinhaltet das Heft eine Rückschau auf die bis dorthin geleistete Tagungsarbeit von November 1958 bis April 1959. Das zweite

Heft trägt bereits die 1960 eingeführte frühere Akademievignette und umfasst, neben einer Rückschau auf das vorangegangene Winterprogramm, den Veranstaltungszeitraum von März bis Oktober 1960. Im Oktober 1975 entschied man sich dann für eine komplette Neugestaltung der Programmankündigungen. Fortan wird ein separates Programm-Faltblatt und eine eigenständige Informationsschrift über die Akademie herausgebracht. Letztere soll, so die ursprüngliche Planung, etwa alle 2 Jahre neu aufgelegt werden, um zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen zu berücksichtigen.

Arbeitshilfen [1959-1984] im Eigenverlag der Akademie

Zu den inzwischen eingestellten Publikationsreihen aus der unmittelbaren Anfangszeit gehören auch die sogenannten „Arbeitshilfen“, die von Beginn an ausschließlich für den persönlichen Gebrauch der Teilnehmer an Akademieveranstaltungen gedacht waren und an diese verteilt wurden. In der Regel handelte es sich dabei um Vortragsdispositionen, Manuskripte, in seltenen Fällen bereits anderswo veröffentlichte Beiträge oder sonstige Arbeitsmaterialien, die die Referenten für ihre jeweilige Veranstaltungseinheit vorbereitet vorgesehen hatten. Der Anteil externer Autoren unterlag im Laufe der Zeit einem steten Rückgang. Mit Beginn der 1970er Jahre sind die einzelnen Ausgaben dann ausschließlich von Mitgliedern des Akademiekollegiums erstellt worden. Im Jahr 1984

wurde diese Reihe endgültig eingestellt. Bis dahin sind mehr als 120 Ausgaben erschienen.

Materialien und Berichte [1959-1992] im Eigenverlag der Akademie

Bereits im Jahr 1959 wurde mit den „Mitteilungen“ – als Vorläufer der späteren „Materialien und Berichte“ – eine neue, im Eigenverlag der Akademie erscheinende Publikationsreihe begründet. Im Mittelpunkt von „Folge 1“ (Juli 1959) steht der „Film in der politischen Bildungsarbeit“. Die fortan in unregelmäßigen Abständen herausgegebenen *Mitteilungen* beinhalten in erster Linie Arbeitsberichte von Akademieveranstaltungen sowie Vorträge und Referate. Ab 1968 wurde die Reihe in „Mitteilungen und Berichte“ umbenannt, ab 1978 unter dem Namen „Materialien und Berichte“ fortgesetzt.

Die letzte Nummer aus dem Jahr 1992 trägt den Titel „Kulturelle Identität zwischen Tradition und Modernität“.

Während der ersten fünfzig Jahre ihres Bestehens sind neben zahlreichen weiteren Publikationsreihen eine Vielzahl an Einzelwerken, Kooperationsveröffentlichungen, Tagungsdokumentationen, Jubiläums- und Gedenkschriften, pädagogischen Studienhilfen und sogenannten Sonderdrucken seitens bzw. unter Beteiligung der Akademie konzipiert, geschrieben und veröffentlicht worden.

Ein beträchtlicher Teil ihres publizistischen Wirkens ist inzwischen auf der Website der Akademie (www.apb-tutzing.de) unter dem Menüpunkt „Publikationen“ erstmals mit ausführlichen bibliographischen Angaben nachgewiesen. An der weiteren Vervollständigung wird derzeit gearbeitet. ■

Steffen H. Elsner



Karl von Delhaes,
Wolfgang Quaisser,
Klaus Ziemer (Hg.)

Vom SOZIALISMUS zur MARKT- WIRTSCHAFT

Wandlungsprozesse,
Ergebnisse
und Perspektiven

OLZOG

Karl von Delhaes, Wolfgang Quaisser,
Klaus Ziemer (Hrsg.)

Vom Sozialismus zur Marktwirtschaft

Wandlungsprozesse, Ergebnisse und Perspektiven
München 2009, Olzog Verlag, 317 S., EUR 48,--
ISBN 978-3-7892-8319-2

Mit der Wende 1989/90 fand das bisher größte „gesellschaftliche Experiment“ für das östliche Mitteleuropa und die meisten Länder Südosteuropas nach über vierzig und wenig später auch für die Länder der Sowjetunion nach gut siebzig Jahren sein Ende. Zunächst erscheinen die ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzungen seit dem Ende der kommunistischen Parteidiktatur und der Zentralverwaltungswirtschaft historisch beispiellos. Die in mehrfacher Hinsicht disparate Entwicklung einzelner Länder der genannten Regionen nach dem Umbruch 1989/90 verweisen aber nachdrücklich auf Einflüsse wirtschaftlicher, rechtlicher, sozialer und kultureller Strukturen, die in die Zeit vor der sozialistischen Revolution zurückreichen. Dies zeigt auch der Vergleich zwischen dem östlichen Europa und den ostasiatischen Transformationen in China und Vietnam. Der vorliegende Sammelband setzt sich zum Ziel, anhand ausgewählter Beispiele historische, politische, kulturelle und wirtschaftliche Voraussetzungen und Ergebnisse der Transformation im östlichen Europa zu untersuchen.

Kooperation mit Polen trägt Früchte – Methodenhandbuch für politische Bildung erschienen

akademi@
demokracji

PODRĘCZNIK KSZTAŁCENIA
OBYWATELSKIEGO I POLITYCZNEGO MŁODZIEŻY



EUROPEJSKI
FUNDACJA

www.edsfundacja.pl

Die Akademie exportiert politische Bildung auch über die Ländergrenzen und leistet Hilfestellung beim Aufbau entsprechender Strukturen in den neuen Demokratien. Im Rahmen des Projekts „Akademi@demokracji“, bei dem mehrere Institutionen und Akteure der politischen Bildung in Polen zusammenarbeiten, erschien nun das Methodenhandbuch „Akademi@demokracji (Akademie für Demokratie) – ein Handbuch zur politischen und staatsbürgerlichen Bildung für Jugendliche“.

Das Werk besteht aus Szenarien zu den thematischen Modulen Menschenrechte, Zivilgesellschaft, Demokratie, Europa, Globalisierung, Multikulturalität und aktuelle globale Probleme. In jedem Modul werden fünf Szenarien angeboten, die in Lehreinheiten zu 45 oder 90 Minuten eingesetzt werden können.

Das Handbuch richtet sich an Lehrer weiterführender Schulen sowie Personen, die in der außerschulischen Jugendbildung, beispielsweise in Nichtregierungsorganisationen, aktiv sind.

Weitere Informationen (auf Polnisch) auf der Internetseite des Projekts:
<http://www.edsfundacja.pl/akademiademokracji/>

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

D e z e m b e r

49-2 4. – 6. Dezember

Bundestagswahl 2009 – eine Bilanz

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

50-1* 7. – 11. Dezember

Fakultas Sozialkunde: Internationale Politik

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien 3. Sequenz / 2. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-2* 7. – 11. Dezember

Ethik und Politik: Recht und Gerechtigkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-3 11. – 12. Dezember

Parteienlandschaft im Umbruch?

Neue Herausforderungen für das Regieren

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Gerd Rudel

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

51-1 14. – 15. Dezember

Qualität unter Druck

Journalismus im Internetzeitalter

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Tagungsort: Evangelische Akademie, erhöhte Tagungsgebühr!

51-3* 14. – 15. Dezember

Finanzkrise und die Verbraucher

In Zusammenarbeit mit dem VerbraucherService Bayern im KDFB

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

51-2 16. – 17. Dezember

Die Macht der Neuzeit – Politik und Ordnung bei Machiavelli

In Zusammenarbeit mit der Ludwig-Maximilians-Universität München

Leitung: Michael Spieker / Manuel Knoll / Stefano Saracino

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

J a n u a r

2-3* 14. – 17. Januar

Varianten der Moderne – Religion in der Internationalen Politik

In Zusammenarbeit mit der Universität Passau

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Mariano Barbato

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

3-1* 18. – 22. Januar

Nationalsozialismus: Neuere Forschungen – Reflexionen zur Unterrichtspraxis

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

3-2 22. – 24. Januar

Über Güter, Werte und das Gute

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

4-1* 25. – 29. Januar

Fakultas Sozialkunde: Fachdidaktik

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

2. Sequenz / 5. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldungen über die Akademie Dillingen

F e b r u a r

5-1* 1. – 3. Februar

Überzeugend und professionell darstellen

Multimediale Öffentlichkeitsarbeit für Multiplikatoren

In Zusammenarbeit mit der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Leitung: Michael Schröder / Chong-Sook Kang

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

6-1* 8. – 12. Februar

Rechtsextremismus – Erscheinungsformen und pädagogische Herausforderungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva-Maria Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

6-2* 8. – 12. Februar

Die Macht der Bilder

Das Medium Bild im Geschichts- und Sozialkundeunterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

8-1* 22. – 26. Februar

Internationale Umweltpolitik – eine globale Herausforderung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

8-2* 22. – 26. Februar

Werterziehung im Biologieunterricht – Umgang mit Rassismus und Sozialdarwinismus

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Tanja Berthold

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldungen über die Akademie Dillingen

8-3 26. – 28. Februar

Mensch, Technik, Umwelt – Spannungsfelder für Recht und Ethik

Leitung: Gero Kellermann / Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M ä r z

9-1 1. – 5. März

Nachgehakt – Die Kunst des Fragens

Interviewtraining für Journalisten

Leitung: Michael Schröder / Gabriele ten Hövel

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

9-2* 1. – 3. März

Eire – the Celtic Tiger?

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Saskia Hieber / Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

9-3 5. – 6. März

Konkordanzdemokratie – ein Demokratietyp der Vergangenheit?

Leitung: Stefan Köppl / Uwe Kranenpohl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

10-1* 8. – 11. März

Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?

Leitung: Michael Spieker / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

10-3 12. – 14. März

Krisen der Weltwirtschaft

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-4 15. März

Europa Sozial: Projekte, Programme, Konflikte

In Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum Nürnberg

und der Vertretung der EU-Kommission in München

Leitung: Wolfgang Quaisser / Hermann Kehl / Henning Arp

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außentagung im Bildungszentrum Nürnberg

11-1* 15. – 19. März

Der asiatische Raum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-2* 15. – 19. März

Medienerziehung in der Schule

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Johannes Philipp

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

11-3 19. – 21. März

Vernunft, Recht und Staat im Judentum

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

12-1* 22. – 26. März

Ethik in der Oberstufe: Soziale und politische Dimensionen von Glück

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldungen über die Akademie Dillingen

12-2 23. – 25. März

Europa in den Medien

Journalistenreise ins Wunderland der Eurokraten

In Zusammenarbeit mit der EU-Kommission

Leitung: Michael Schröder / Jürgen Gmelch

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außenveranstaltung in Brüssel

A p r i l

15-1* 12. – 14. April

Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

15-2* 12. – 14. April

Sozialkunde in der gymnasialen Oberstufe

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

15-3* 12. – 14. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

15-4* 14. – 16. April

Politische Bildung – Fortbildungslehrgang für Seminarlehrkräfte in Staatsbürgerlicher Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen



Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

Der Förderkreis existiert seit 1988. Er begleitet die Akademie bei ihrer Bildungsarbeit, die heute so wichtig ist wie in der Gründerzeit. Er leistet einen finanziellen Beitrag zur Akademiearbeit sowie zu Publikationen über grundlegende und aktuelle Fragen deutscher, europäischer und internationaler Politik. Er ermöglicht die Verpflichtung hochkarätiger Experten und Referenten aus Wissenschaft und Praxis. Kurz: Der Förderkreis unterstützt die Arbeit des Hauses, wo der Etat an seine Grenzen stößt. Die Mitglieder des Förderkreises wollen diesen Beitrag auch in Zukunft leisten.

Sie können dabei sein: Werden Sie Mitglied

- Sie leisten damit einen Beitrag zu lebendiger politischer Bildung und stützen die Fundamente unserer Demokratie
- Sie können sich beim jährlichen Gartenfest mit Akteuren aus Politik, Gesellschaft, Religion und mit politisch Interessierten austauschen
- Sie sind eingeladen, an den Akademiegesprächen im Bayerischen Landtag teilzunehmen
- Sie lesen im vierteljährlich erscheinenden „Akademie-Report“ Wichtiges aus Tagungen und Veranstaltungen
- Sie können die Zusammenarbeit mit anderen Förderkreis-Mitgliedern nutzen
- Sie helfen der Akademie durch Ihren Beitrag und durch Spenden, die Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verbessern

Fax Nr. 0815858/256-51
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82323 Tutzing

Tel. 08158/256-49
foerderkreis@apb-tutzing.de

Beitrittserklärung zum Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

Name, Vorname, Titel:

PLZ/Ort: Straße/Nr.

Telefon: e-mail:

Beruf: Geb.-Datum:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens ☐ 30.-- € pro Jahr.

Mein persönlicher Jahresbeitrag soll jedoch ☐ 40.-- € oder ☐ 50.-- € oder € betragen.

Die Beitragszahlung erbitten wir an die

Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50, Konto-Nr. 430 592 477

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter nahm in München an den deutsch-russischen Konsultationen des 9. Petersburger Dialogs teil. Auf der Jahrestagung der German Studies Association in Washington D.C. sprach er über Deutschland nach der Bundestagswahl sowie über Perspektiven der Demokratie 1989. In der Münchner Erlöserkirche hielt er im Rahmen der entsprechenden Veranstaltungsreihe der Evangelischen Akademie Tutzing die Kanzelrede. In Salzburg leitete er die Sektion für Politische Wissenschaft und Kommunikationswissenschaft auf der Jahrestagung der Görres-Gesellschaft. Bei mehreren Anlässen in München, Berg, Kloster Banz, Ottobrunn und Starnberg referierte er über Deutschland und das Parteiensystem vor und nach der Wahl, außerdem bei einer regionalen Fachtagung von Gymnasiallehrern in Aichach über Ethik und Politik, an der Universität Passau über Rechtsextremismus, in München über Gerechtigkeit und Frieden sowie in Budapest über die Wahrnehmung der ungarischen Grenzöffnung 1989 in den Medien. In München nahm er an mehreren Gesprächen mit ausländischen Wahlbeobachtern teil sowie im dortigen Pressclub an einer Diskussionsrunde über die Privatheit von Politikern.

HAUSWIRTSCHAFT



Foto: privat

Stefanie Egger (Mitte) absolvierte in der Akademie eine zweijährige Lehre zur Hauswirtschafterin, die sie im Juli 2009 erfolgreich abgeschlossen hat. Die Freisprechung fand in einem festlichen Rahmen auf der „Kreutalm“ bei Großweil statt.

Hauswirtschaftsleiterin Christine Friedrich (links) und Küchenleiterin Gertraud Lehner begleiteten die frischgebackene Hauswirtschafterin, die nach ihrer Ausbildung eine feste Anstellung in der Akademie bekommen hat.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber hielt bei der Hanns-Seidel-Stiftung in München einen Vortrag über „Chinas Außenpolitik und Sicherheitsinteressen“. Auf Einladung der BMW-Stiftung und der Stiftung der deutschen Wirtschaft sprach sie in Berlin über „Aktuelle Trends und Risiken in Asien“ und an der NATO School über „Security Trends in China“. Sie wird im Wintersemester 2009/2010 an der Universität München die Übung „China im internationalen System“ halten.

Stefan Köppl referierte in München zum Thema „Politik in Italien heute – ein Rätsel?“. Im Wintersemester 2009/10 bietet er im Rahmen eines Lehrauftrags an der Universität Passau ein Proseminar zum Thema „Formen der Demokratie“ an.

Dr. Wolfgang Quaisser hielt in Berlin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung auf dem Seminar „Cohesive Growth in Europe after the Crisis“ einen Kurzvortrag zum Thema „Outlines of an institutional framework for a sustainable growth model“. Vor dem Beirat der Akademie sprach er über „Ursachen und Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise“.

Dr. Michael Schröder hielt im Goethe-Institut München einen Vortrag über die politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands nach der Bundestagswahl und 20 Jahre nach dem Fall der Mauer. Nach dem Ausscheiden von Jürgen Weber aus dem Dienst der Akademie fällt ihm als dienstältestem Dozenten die Funktion der Vertretung des Akademiedirektors im Fall seiner Verhinderung zu.

Dr. Michael Spieker wurde vom Landeskomitee der Katholiken in Bayern in den Sachausschuss „Familie – Erziehung – Bildung“ berufen. Für die Berliner „Stiftung neue verantwortung“ kam er in das „Associate-Programm“ für ein Projekt zur „Zukunft der Lehrer(fort)bildung“. In Heidelberg referierte er zur Frage des Verhältnisses von Geburt und Lebensschutz. An der Universität Freiburg hält er im Wintersemester 2009/2010 ein Seminar zur „Philosophie des Sozialen“.